

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 Pf.,  
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 Pf.,  
einzelständig 60 Pf. Postgebühren und  
12 Pf. Postbefreiungszulagen. Zustands-  
abonnement 4.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Inhaltliche Beiträge: „Brot  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Frauenstimme“, „Technik“, „Witz in  
die Kuchermittel“, „Jugend-Vorwärts“  
und „Stadtelbige“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konpresselle  
10 Pfennig. Reklametexte 5.— Reichs-  
wert. „Kleine Anzeigen“ des abge-  
druckten Wortes 25 Pfennig (zwei-  
seitiggedruckte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Stellengeluche das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft: Lindenstraße 3, wochentlich  
von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 299—397 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Wollstr. 65. Tel. B. u. Disc.-Verf., Depozitenkasse, Jerusalemstr. 65/66.

## In Preußen herrscht Ordnung!

### Otto Brauns Sieg — ein Erfolg republikanischer Einigkeit.

Im Preussischen Landtag wurde heute mittag um 2 Uhr über die verschiedenen Mißtrauensanträge gegen die Regierung Braun abgestimmt.

Für die Mißtrauensanträge wurden 198, gegen sie 233 Stimmen abgegeben. Die große Staatsaktion der vereinigten Rechten ist damit vollkommen verpufft.

Als die überraschend günstige Abstimmungsziffer für das Kabinett Braun im Preussischen Landtag bekannt wurde, rief ein sarkastischer Volkspartei-Mitglied: „Wo haben die denn nur all die Stimmen her?“

Der biedere Befolgsmann des Herrn v. Campe hatte recht, sich zu wundern. Denn diesmal bestand nicht die Situation vom Mai 1925, wo nach monatelanger Regierungskrise sechs Volksparteilager, der verantwortungslosen Ministerstürzerlei ihrer Partei überdrüssig, für die republikanische Regierung Braun stimmten und ihre damalige Minderheit in eine Mehrheit verwandelten. Sowiele staatsmännisches Verantwortungsgesühl wird man in der jetzigen Preußenfraktion der Deutschen Volkspartei vergebens suchen. Sie hat am Donnerstag, ihrer Hörigkeitsliebe zu den Nationalsozialisten folgend, in strengster Gefolgschaft den kommunistischen Mißtrauensantrag angenommen.

Zwar hatte die Regierungskoalition glänzende Disziplin gewahrt — in ihren Reihen fehlte nur ein einziger Abgeordneter, der schwer verunglückte Demokrat Hartmann, bei den Sozialdemokraten und dem Zentrum fehlte niemand — aber mit ihren Stimmen allein hätte sie nur eine Ziffer von 229 Nein-Sagern gegen das Mißtrauensvotum aufzubringen vermocht. Der Ueberstich rührte daher, daß außer dem einen Aufwärtler Pohl drei ehemalige Kommunisten, die Abgeordneten König, Obendorf und Radatz, gegen das Mißtrauensvotum gestimmt hatten. Sie haben eingesehen, daß gegen die faktische Diktaturgefahr die von Brauns fester Hand geführte republikanische Preußenregierung der sicherste Schutz ist, und daß jedenfalls die in der Hand eines sozialdemokratischen Innenministers befindliche Polizei gegen nationalsozialistische Ausschreitungen und Putschversuche wirksamer arbeitet als die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen Braun, deren praktischer Erfolg einzig und allein die Auslieferung Preußens an die Nazis sein würde!

Die Rechte hatte jedenfalls genau begriffen, worum es sich handelte, indem sie geschlossen für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmte. An der blutrünstigen Begründung, aus Altschees der „Roten Fahne“ zusammengesetzt, stießen sich Deutschnationale und Nationalsozialisten nicht. Sie sehen seit langem in den Kommunisten ihre Sieghühler, die ihnen auch in Preußen in den Sattel heißen sollen. In der Tat: Wäre der kommunistische Antrag etwa angenommen worden, so wäre der Erfolg gewesen, daß von morgen an die preussische Polizei unter dem Kommando eines Fricke oder Franzen gestanden hätte!

Die preussischen Abstimmungsziffern zeigen, daß republikanische Geschlossenheit und Energieentfaltung keineswegs nur in Opposition, sondern auch in der Regierung Werberkraft zu entfalten vermögen. Ein Kennzeichen dieser Geschlossenheit war das entschiedene Bekenntnis des Zentrumsführers Heß zur Demokratie und seine Erklärung an die Nationalsozialisten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, daß jeder Versuch in der Richtung einer faschistischen Diktatur auf den geschlossenen Widerstand der Zentrumspartei stoßen würde, die etwas anderes darstelle, als die frühere Partei der Popolari in Italien.

Mit diesem Sieg des Kabinetts Braun ist wenigstens in Preußen den aus der Katastrophenwahl vom 14. September drohenden chaotischen Zuständen ein fester Damm entgegengekehrt worden.

## Keine Neuwahlen in Hamburg.

### Landesparlamente nicht an Reichswahlen gebunden.

Hamburg, 16. Oktober.

In der Bürgerschaft erklärte der Senat auf einen Antrag der Nationalsozialisten, daß auch nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September die Parteien, die jetzt den Senat bilden, die Mehrheit in Hamburg hätten. Die Regierungsparteien ließen durch ihren Redner hierzu erklären, daß die parlamentarischen Vertretungen der Länder in keiner Weise an den Ausfall der Reichstagswahlen gebunden seien.

Die regierende Koalition in Hamburg besteht aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei. In Hamburg also bekennet sich die Deutsche Volkspartei zu dem gleichen vernünftigen und einzig möglichen Grundlag, den sie in Preußen bekämpft!

## Das Programm gegen die Krise.

### Die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Behebung der Wirtschaftsnot hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung aufzufordern, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und um der Beseitigung breiter Volksmassen entgegenzuwirken, unverzüglich die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Zwecke der gerechten Verteilung der Arbeitsgelegenheit für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die vierzigstündige Arbeitswoche vorschreibt, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Dabei muß die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldeung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift gemacht werden. Zum Lohnausgleich sind für den Uebergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Ueberstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen hat.
2. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Anrechnung aller Einkünfte auf alle Pensionen und Barteigelder unter Schonung der kleinen Gesamteinkommen zu erfolgen hat.
3. Auf Grund der Vollmachten der Kartellverordnungen vom 2. November 1923 und vom 26. Juni 1930 ist eine durchgreifende Preislenkung, im besonderen bei den Grundstoffen der Industrie, den Lebensmitteln und anderen Gegenständen des Massenbedarfs herbeizuführen. Widerstände sind durch Aufhebung von Preisbindungen, durch Herabsetzung von Zöllen oder durch Beschränkung der Kartellkontrolle zu überwinden.

Die vollstreckte Einfuhr von Getreidefrucht zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist wiederherzustellen.

4. Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur wirksamen Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht

- a) unter Aufhebung entgegenstehender Verwaltungsanordnungen die Finanzämter anzuweisen, in allen Zweifelsfällen von der gesetzlichen Auskunftspllicht der Banken, Bankiers und Vermögensoverwalter Gebrauch zu machen;
- b) die Finanzämter anzuweisen, die Bestimmungen der §§ 33, 34 des Einkommensteuergesetzes über die Erfassung von Gewinnen aus dem Geschäftsverkehr mit dem Ausland streng durchzuführen;
- c) die Organe des Buch- und Betriebsprüfungs-wesens in verstärktem Maße zur Aufklärung von Steuerflucht-ergehen heranzuziehen;
- d) dafür zu sorgen, daß bei Steuerfluchtvergehen die bestehenden Strafvorschriften für Steuerzumberhandlungen (Freiheitsstrafen, Vermögensentziehung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) mit aller Schärfe angewendet und die Namen der Bestraften (sowie die festgelegten Strafen in allen Fällen veröffentlicht werden);
- e) den Abschluß internationaler Rechtshilfeverträge zu betreiben.

Außerdem wurden folgende Anträge eingebracht:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen vorzubereiten, durch die die finanziellen Schwierigkeiten der Pensionsversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten (Knappschaftsversicherung) wirksamer als durch die Leg. Brüning behoben werden.
2. Die Reichsregierung aufzufordern, zur Entlastung des Arbeitsmarktes von jugendlichen Arbeitskräften schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen reichsgesetzlich regelt.

## Die Regierungserklärung.

### Vorsichtige Zurückhaltung.

Die Erklärung, die der Reichskanzler Brüning gestern für eine schwache und von innen heraus bedrohte Regierung abgegeben hat, war, gemessen an den früheren Reden des Reichskanzlers, in ihrem einleitenden Teil bemerkenswert bescheiden.

Während Herr Brüning früher für die Regierungshandlungen seiner Regierung in Anspruch nahm, daß sie die finanzielle Ordnung wiederhergestellt habe, hat er gestern lediglich erklärt, durch die Notverordnung seien die ersten Schritte zur Milderung der finanziellen Schwierigkeiten getan worden. Zu dieser vorsichtigen Zurückhaltung hatte Herr Brüning um so mehr Anlaß, als ihm die schwere Aufgabe oblag, auf die Kosten für das deutsche Volk hinzuweisen, die der 14. September ihm auferlegt habe. Wenn seit dem Wahltage die Geld- und Kreditverhältnisse Deutschlands sich ungeheuer verschlechtert haben, Kapital- und Steuerflucht riesenhaft angewachsen sind, Verzögerung und Kleinmut weiter um sich gegriffen haben und durch die Vertrauenskrise die Finanzen auf das schwerste geschädigt, die Zahl der Arbeitslosen gemaltig erhöht worden ist, so ist das die Rechnung für das Anwachsen der Nationalsozialisten, zu dem die falsche Spekulation der Regierung erheblich beigetragen hat.

Der Reichskanzler hat aus der Bereitwilligkeit des Auslandes, Deutschland durch einen 525-Millionen-Kredit die Ueberwindung seiner Finanzschwierigkeiten zu ermöglichen, gefolgert, man solle im Inland daselbe Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und Regierung haben, das man ihnen jenseits der Grenzen entgegenbringt. Das wäre sicherlich wünschenswert. Aber sowohl die Zusammensetzung des Kabinetts als auch sein Programm machen das recht schwer. Das gilt auch für die gestrigen Darlegungen des Reichskanzlers, die im wesentlichen nur wiederholten, was durch frühere Veröffentlichungen bereits bekannt war.

Wie soll das Vertrauen zur Regierung entstehen, wenn zwar den Arbeitslosen ausreichende Unterstützung versprochen wird, gleichzeitig aber die Leistungen herabgesetzt und die Zuschüsse des Reichs im nächsten Jahre zur Erwerbslosenversicherung eingestellt werden sollen? Man wird dagegen einwenden, die Regierung beabsichtige, durch ihre Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Aber man sieht nicht recht, wie das erreicht werden soll, wenn für großzügige Arbeitsbeschaffung kein Geld vorhanden ist, wenn die Finanznot der Gemeinden erhalten bleibt und wenn gar infolge einer schlechten Handelspolitik die Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse auf noch größere Schwierigkeiten stößt als bisher.

Der Reichskanzler Brüning hat versichert, die Regierung wolle keine dauernde Senkung des Reallohnes. Ihr Ziel sei die Anpassung der deutschen Preise an die sinkenden Preise des Weltmarktes. Es sei eine Senkung der Produktionskosten notwendig, die vorübergehend eine Senkung der Nominallöhne bedinge. Trotz dauernder kommunistischer Aufforderungen hat der Reichskanzler sich nicht zu dem Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie geäußert. Sollte er der Meinung sein, daß die Regierung sich nicht auf die Verbindlichkeitserklärung festlegen dürfe und daß ein Abbau der Löhne vor einer durchgreifenden Senkung der Preise nicht möglich sei, so wäre das sehr zu begrüßen. Leider aber hat er darüber nichts gesagt.

Hier ist überhaupt eine der ansehbarsten Stellen des Wirtschaftsprogramms der Regierung. So erfreulich es ist, daß die Regierung eine sechsprozentige Ermäßigung der Kohlenpreise durchgeführt hat, warum tritt die Ermäßigung erst am 1. Dezember in Kraft, warum folgen nicht die Eisenpreise, warum bleibt die Preislenkung auf vielen Gebieten aus, warum plant die Regierung Maßnahmen, die zur Erhöhung der Preise, besonders für Lebensmittel führen müssen? Das alles ist unvereinbar mit einem Abbau der Löhne, aber auch mit einer Gesundung der Wirtschaft, die zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit führen soll.

Mit besonderem Interesse hat die Öffentlichkeit auf den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung gewartet. Wenn sie versichert, daß Deutschland wie bisher den Weg des Friedens gehen wird und eine Politik der Abenteuer ablehnt, so verzeichnen wir das mit Genugtuung. Gewiß sind Zweifel berechtigt, ob Deutschland die Reparationslasten, die der Young-Plan ihm auferlegt, obwohl sie niedriger sind als früher, auf die Dauer ohne wirtschaftliche und soziale Störungen tragen kann. Aber gerade diejenigen, die



# Die Regierungserklärung.

## Gräu in Gräu. — Kampf um die heutige Tagesordnung.

Die Reichstagsführung am gestrigen Donnerstagnachmittag war wiederum sehr stark besucht, auch die Diplomatenloge dicht besetzt. Zunächst teilte Präsident Lobe das Ergebnis der Schriftführerwahl mit.

Heiterkeit erweckt die amtliche Mitteilung, daß Braunschweig als stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat den Minister Franzen bestellt hat.

Darauf nimmt der Reichszugler das Wort zur Regierungserklärung. Die Kommunisten begrüßen ihn mit lärmenden Zurufen wie „Hungertötator“, „Lohnabbau“ usw., sie schreien auch fast bei jedem Satz wieder, so daß der Präsident den kommunistischen Abgeordneten Besorgnis zur Ordnung ruft und bald darauf aufmerksam macht, daß Ordnungstörer auch ohne Warnung oder Ordnungsruf ausgeschlossen werden können.

### Reichszugler Dr. Brüning:

Die Stunde ist ernst. Die Not fordert Handeln. Das hohe Haus wird von der Reichsregierung nicht erwarten, daß sie sich mit Erörterungen über die Vergangenheit aufhält. Die Reichsregierung hat einen großen Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt zur Überwindung der Krise. Die einzelnen Gesetzesvorlagen werden dem Reichsrat schon in den nächsten Tagen unterbreitet werden. Voraussetzung für die Durchführung dieses großen Wirtschafts- und Finanzplanes, um den die Reichsregierung mit allen parlamentarischen Mitteln kämpfen wird, ist die Richtaufhebung der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Juli 1930. Mit dieser Notverordnung hat der Reichspräsident zusammen mit der Reichsregierung

auf dem im Artikel 48 der Weimarer Verfassung vorgezeichneten Wege die ersten Schritte zur Milderung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notstände getan.

Dieses Gesetzgebungswerk hat die Reichsregierung verfassungsmäßig dem neuen Reichstag zugewendet. Es liegt dem hohen Hause vor. Gleichzeitig sind aber Anträge eingegangen, die Notverordnung aufzuheben. Die Reichsregierung fordert die Ablehnung dieser Anträge. Sie steht auf dem Standpunkt, daß eine Beseitigung der Notverordnung eine unmittelbare Gefahr für ordnungsmäßige Zustände in Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet. Durch die Notverordnung ist eine geordnete Haushaltsführung für das laufende Etatsjahr sichergestellt. Sie enthält unentbehrliche Vorschriften über die Gemeindefinanzierung und die Länderhaushalte. Neue Einnahmequellen sind durch sie erschlossen. Wichtige Teile der Sozialversicherung haben eine Bestätigung erhalten, die eine Rettung der Sozialversicherung erst möglich macht. Nicht zuletzt ist das Werk der deutschen Wirtschaft durch sie in Angriff genommen.

Würde die Notverordnung außer Kraft gesetzt, so sind die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in Deutschland nicht mehr zu überwinden. Die Reichsregierung wird sich dem Wunsch nicht widersetzen, die Notverordnung, genau so, wie es 1924 geschah, einem Ausschuss dieses Hauses zu überweisen.

Gegen mittlere Verbesserungen, die Zweck und Ziel der Verordnung nicht gefährden, hat die Reichsregierung natürlich nichts einzuwenden.

Die Steuern gehen zurück, die Kosten für die Arbeitslosen werden die wichtigsten, Schätzungen über den Haufen

Der Ausfall wird, soweit er zur Zeit übersehbar ist, im laufenden Etatsjahre 450—500 Millionen Mark betragen. Bei gleichbleibender Wirtschaftslage wird er im nächsten Etatsjahre auf 1 Milliarde Mark geschätzt.

voran Länder und Gemeinden mit etwa 300 Millionen Mark beteiligt sind. Die Bewältigung solcher Schwierigkeiten ist nur möglich durch außergewöhnliche Maßnahmen. Selbst mit der größten Sparsamkeit und durch die wiederholte Erschließung neuer Steuerquellen lassen sie sich nicht beheben. Auch mit übertriebenem Fiskalismus ist der Lage nicht Herr zu werden. Die Reichsregierung hat daher zur vorübergehenden Befreiung des noch zu erwartenden Fehlbetrages des laufenden Haushaltsjahres den Anleihemarkt in Anspruch genommen. Der bis zu den Wahlen ungewöhnlich flüssige Geldmarkt hat seitdem sein Gesicht völlig verändert.

Auslandsguthaben sind zurückgezogen worden. Zahlreiche Deutsche haben, in mangelnder Staatsfinanzierung und in Verblendung, ihr Vermögen in Auslandswerten angelegt.

(Hört, hört! in der Mitte, Lärm der Kommunisten und Nat.-Soz.) Die Verjoggtheit und der Keimut dieses Teiles unseres Volkes und die damit verbundene Vertrauenskrise haben unsere Finanzen auf das schwerste geschädigt, uns wirtschaftlich zurückgeworfen und die Zahl der Arbeitslosen vermehrt. Ohne diese Veränderungen wäre voraussichtlich der deutsche Geldmarkt in der Lage gewesen, die Mittel herzugeben, um die finanziellen Schwierigkeiten des bevorstehenden Winters zu beheben. So aber warm wir genötigt, uns an das Ausland zu wenden. (Beunruhigung.) Nach eingehenden Verhandlungen ist es den deutschen Unterhändlern gelungen, zu Bedingungen einen Leberbrüpfungscredit auf zwei Jahre im Auslande zu erhalten, und zwar nur unter der einen Voraussetzung, daß die Ermächtigung zu seiner Aufnahme und die Vereinbarung zur Tilgung durch Gesetz planmäßig festgelegt werden. Diese Voraussetzung hat in dem dem heute vorliegenden Gesetzentwurf ihren Niederschlag gefunden. Ich richte an Sie die Aufforderung, daselbe Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Regierung zu haben (Lärm b. Komm.), das man ihnen jenseits der Grenzen entgegenbringt, und nunmehr auch Ihrerseits dem Gesetzentwurf zuzustimmen. (Beifall der Mitte.)

Die Reichsregierung hat schon im Zusammenhang mit der Auflösung des Reichstages versprochen, dem neuen Reichstages

### ein umfassendes Sanierungsprogramm

vorzulegen. Sie ist mit äußerster Energie an diese Arbeit herangegangen und hat ihren Plan am 30. September d. J. der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet. Da nach der Entscheidung dieser zahlreichen Vorlagen durch den Reichsrat erneut Gelegenheit gegeben sein wird, sie vor Ihnen meine Damen und Herren in einzelnen zu begründen, darf ich mich heute auf wenige Worte beschränken.

Die Gehalts- und Preispolitik der Reichsregierung verfolgt, was ich mit Nachdruck betonen möchte, in ihrem, auf längere Sicht eingestellten Plan keine dauernde Senkung des Reallohnes. Sie will vielmehr das sachlich vielfach nicht gerechtfertigte und daher unhaltbare deutsche Preisniveau unter allen Umständen ins Bankrott bringen. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen, ohne daß auch eine gewisse Barmessigkeit in die Gehälter und Löhne gebracht wird. (Lärm bei den Komm. und Nat.-Soz.) (Schlechtspruch!), die in Deutschland zu etwa 75 Prozent, sei es durch Gesetz sei es durch Tarifverträge, gebunden sind. Die Aufgabe, die deutschen Preise der Weltmarktlage anzugleichen, ist für unsere wirtschaftliche Gesundung so wichtig und dringend, daß sie selbst dann durchgeführt werden muß, wenn alle Schichten des deutschen Volkes unbedingtes Opfer bringen müssen. Bei solchen Maßnahmen bedarf die Reichsregierung vor allem auch der tatkräftigen Hilfe der Beamtenschaft. Die Beamtenschaft hat in aller Bistätigkeit ihre Kräfte dem Staat zur Verfügung gestellt. (Abg. Locatier (Komm.): Der alte Schmaus! — Abg. Goerz (Komm.) erhält wegen unparlamentarischen Zurufs einen Ordnungsruf.) Bei der besonderen Schicksalsverbundenheit

zwischen Beamten und Staat ist es nicht zu vermeiden, daß auch die Beamtenschaft materielle Opfer bringt.

Die Beamtenschaft wird und muß es verstehen, daß sie nicht unberührt bleiben kann, wenn es gilt, die Sanierung der Finanzen in die Wege zu leiten.

Sie wird dieses Opfer bringen trotz der unverantwortlichen Hege gegen das Berufsbeamtentum. Die Regierung wird das ihrige tun, um ungerechte Angriffe von der Beamtenschaft abzuwehren.

Die Reichsregierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie sich in sozialer Gesinnung von keiner ihrer Vorgängerinnen übertrifft. (Hohngefächter der Komm. und Nat.-Soz., die damit zum Ausdruck bringen, daß die Regierung Hermann Müller viel sozialpolitischer gewesen ist!)

Aber Sozialpolitik um ihrer selbst willen ist ein Gebilde im luftleeren Raum. Nur dann kann die Sozialpolitik der allgemeinen Wohlfahrt dienen und den Hand- und Kopfarbeitern zum Segen gereichen, wenn sie auf soliden wirtschaftlichen Verhältnissen fußt. Eine blühendere deutsche Wirtschaft und ein zusammengebrochener Staatshaushalt wären nicht mehr in der Lage, die Durchführung noch so schöner sozialpolitischer Gesetze weiterhin zu gewährleisten. Von der Gesundung und Beruhigung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet die Reichsregierung auch eine erhebliche Minderung der Arbeitslosigkeit. Sie wird bei Durchführung ihres Wirtschafts- und Finanzplanes

nichts unversucht lassen, um möglichst viele Arbeitsfähige in Arbeit zu bringen, und hofft hierbei auf die tatkräftige Mitarbeit dieses Hauses. Solange aber die Arbeitslosigkeit andauert, will die Reichsregierung unter allen Umständen eine ausreichende Unterstützung der unselbstwillig Arbeitslosen nach wie vor sicherstellen.

Die Reichsregierung wird den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, der bereits dem vorigen Reichstag vorgelegt war und die mit ihm in Zusammenhang stehenden Entwürfe eines Bergarbeitersgesetzes und einer Neuregelung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung dem Reichstag vorlegen. Der

Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes geht seiner Vollendung entgegen und wird dem Reichstag hoffentlich bald vorgelegt werden

können. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung sollen die Invalidenversicherung und die Knappschaftliche Rentenversicherung gesichert und die Unfallversicherung vervollständigt werden. Die Novelle zur Unfallversicherung wird dem Reichstag wieder zugehen.

Die dauernde Haltung des Reallohnes der Beamten, Angestellten und Arbeiter, trotz geringerer Nominalbezüge, ist ohne eine allgemeine Kostenminderung in der ganzen deutschen Wirtschaft und eine ihr entsprechende allgemeine Preislenkung nicht möglich. Eine derartige Preispolitik wird vor allem einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts bedeuten, das jetzt durch den Sturz der Rohstoffpreise empfindlich gestört ist. Die deutsche Wirtschaft würde sich dann den weltwirtschaftlich gegebenen Bedingungen wieder anpassen. Die Reichsregierung ist davon überzeugt, daß ein rechtzeitiges und opferbereites Zusammenwirken aller beteiligten Wirtschaftskreise die Gewähr dafür bietet, daß noch größere und schwerere Erschütterungen vermieden werden. Die Kohlenpreise sind für die Selbstkostenbasis der gesamten Produktion von grundlegender Bedeutung.

Die Ruhrkohlenindustrie hat in Erkenntnis dieser volkswirtschaftlichen Zusammenhänge mit soeben ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, trotz der noch nicht erleichterten Selbstkosten die Kohlepreise um durchschnittlich sechs Prozent zu senken, was am 1. Dezember wirksam werden soll.

Ich erkenne diesen bedeutsamen Schritt um so mehr an, als die Lage der deutschen Rohlenwirtschaft infolge ihrer mangelnden Elastizität bei Anpassung an die jeweilige Marktlage in der gegenwärtigen Konjunktur besonders schwierig ist. (Beifall der Mitte.)

Mit verstärktem Druck lastet die Krise auf der ländlichen Wirtschaft. (Lärm der Kommunisten: „Der Oldenburg Schminzert schon da drüben! — Heiterkeit.) In den Agrargebieten, namentlich des Ostens, muß bereits von einer Katastrophe, von einem völligen Verfall der Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Gemeinde gesprochen werden. Die Reichsregierung ist sich des ungeheuren Ernstes dieser Lage voll bewußt. Die Ursachen der Agrarkrise liegen vor allem in dem internationalen Zusammenbruch der

Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die auf dem Weltmarkt durchweg einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreichten.

Die Reichsregierung betrachtet es als dringendstes Gebot, für den Schutz der Landwirtschaft gegen Uebererschwendung mit ausländischen Produkten in dem heute möglichen Umfange zu sorgen und diesen Schutz auszubauen. Daneben ist die Reichsregierung gewillt, jeden gangbaren Weg zur innerdeutschen Ablosicherung zu beschreiten, um einen Mehrverbrauch heimischer Erzeugnisse herbeizuführen. Nach dem Vorbilde des Weizenvermahlungszwanges wird daher die Reichsregierung dem hohen Hause in aller Kürze entsprechende Gesetze vorlegen. Es sind dabei zunächst ein Verwendungszwang für wichtige heimische Produkte und neue Wege für die

# Franzen gegen die Wahrheit.

## Braunschweig sollte nichts erfahren.

Braunschweig, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische braunschweigische „Volkstfreund“ hat den Bericht des Berliner Polizeioffiziers in der Angelegenheit Franzen als Extrablatt verbreitet. Das Polizeipräsidium hatte nichts Elligeres zu tun, als die Veröffentlichung zu beschlagnahmen. Erst auf Grund eines Protestes des „Volkstfreund“-Verlages an den Oberstaatsanwalt wurde die Beschlagnahme nach einiger Zeit wieder aufgehoben. Das Extrablatt hatte folgenden Wortlaut:

„Polizeiminister Franzen schüßt Betrüger, führt Berliner Polizei irre und sagt die Unwahrheit: Der hakenkreuznationalist Franzen hat sich in Berlin anlässlich der Krawalle am Potsdamer Platz für einen 24jährigen Landwirt Guth aus Schleswig-Holstein eingesetzt und den Eindruck zu erwecken versucht, als handle es sich bei Guth um den prenhilichen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Lohse. Polizei- und Kultusminister Franzen hat die Beschuldigungen zurecht abgegriffen. Jetzt wird er durch amtliche Auslagen der Berliner Polizeibeamten überführt, die Unwahrheit gesagt zu haben. Die braunschweigischen bürgerlichen Zeitungen schweigen den amtlichen Bericht tot, weil es ihnen unangenehm ist, daß ein braunschweigischer Polizeiminister die Unwahrheit sagt und amtliche Stellen irreführt.“

Am Schluß des Flugblattes heißt es: „Minister Franzen wird sich im Landtag zu verantworten haben, falls er es nicht vorziehen sollte, umgehend sein Amt zur Verfügung zu stellen.“ Es wird Herrn Franzen nichts helfen, daß er leugnet und beschlagnahmet

läßt, und daß die Rechtspreffe im Lande lügt, daß sich die Balken biegen — er ist der Begünstigung hinreichend verdächtig!

## Amnestie für Fensteranschmeißer!

### Ein nationalsozialistischer Antrag im Reichstag.

Die Fraktion der Hakenkreuzler im Reichstag hat neben einem Antrag, der die Aufhebung des Republikstuhlgesezes fordert, einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der alle gegen Nationalsozialisten verhängten Strafen und Disziplinarstrafen aufheben soll. Der § 1 dieses Entwurfs lautet:

„Es wird Straferlass gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verurteilten bzw. begahnten Strafen, die von Gerichten des Reiches oder der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind.“

Der Straferlass erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, rüdfständige Geldbußen und zu ergehende Auslagen.“

Das bedeutet: die Fensteranschmeißer vom 13. Oktober sollen ebenso amnestiert werden wie die Nordhuben vom Königtal und wie die Bombeneier, ebenso wie der Herr Minister Franzen, Herr Strafer und Herr Goebbels.

Es bedeutet, daß die Verbrecher und Roadys und Schimpfholde vom Staate noch Geld herausbekommen sollen.

Nur eine Bestimmung vermischen wir in diesem Entwurf, nämlich: es wird Amnestie gewährt für alle politischen Straftaten, die bis 1930 begangen werden.

# Angsttraum des Ministers Franzen.

Der wegen Begünstigung angeklagte Naziminister Franzen war vor kurzem noch preußischer Amtsrichter.



Amtrichter Franzen: „Im Namen des Volkes! Der Minister Franzen wird wegen Begünstigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den verhassteten Nationalsozialisten Guth der Bestrafung zu entziehen suchte, indem er ihn vor der Polizei wider besseres Wissen als „Abgeordneten Lohse“ zu legitimieren suchte.“



Dramatische Sitzung im Stadtparlament.

Stadtrat Wutzky entlarvt die deutschnationalen Heuchler. — Scholtz über die Pensionierung des Oberbürgermeisters.

Die Geschichte des Berliner Stadtparlamentes ist reich an stürmischen Sitzungen. Selten aber hat das Haus derart dramatische Szenen wie in der gestrigen Sitzung erlebt.

meite-Fütterungen der Säuglinge, mußte aber schließlich zugeben, entsprechende Verfügungen unterschrieben zu haben.

Es ist also zu fordern, daß nur tüchtige und für die einzelnen Krankenabteilungen durchaus geeignete Fachärzte angestellt werden.

Den Volksparteikern ist im übrigen Dr. Schminde zu gönnen, sie haben ihn in Reußkölln gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Noch einmal Böß-Debatte.

Deutschnationales und Kommunisten hatten sich gestern wieder einmal im Borechen gegen den inzwischen pensionierten Oberbürgermeister Böß vereinigt.

Bürgermeister Scholtz:

Es läge im Interesse der Stadt und der Person des Oberbürgermeisters, wenn die Sache in objektiver Weise behandelt wird.

bisher bei allen Pensionierungen durch den Magistrat stets so wie im Falle Böß verfahren

worden: Es ist immer nur in einer „Vorlage zur Kenntnisnahme“ der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet worden — so

u. a. auch bei der Pensionierung des Stadtkammerers Dr. Lange.

Stadtrat Wutzky (Soz.)

wendet sich zunächst gegen den rüden Ton, der in der Debatte und in Zwischenrufen von Kommunisten und Deutschnationalen beliebt wurde.

Ja, ein deutschnationales Magistratsmitglied ist sogar dafür eingetreten, daß das vorliegende Magistratsmitglied dem freigesprochenen Oberbürgermeister persönlich die Genugtuung des Magistrats über den Freispruch ausspreche.

Ein minutenlanges Sturm der Entrüstung gegen die deutschnationalen Demagogen brach los, die erst durch Herrn Pfundner gegen das Telegramm scheinheilig protestieren ließen.

Stadtr. Jahn (D. Sp.) sah keine gesetzliche Handhabe, den Oberbürgermeister pensionarlos zu entlassen.

Bürgermeister Scholtz nahm darauf noch einmal das Wort. Er wies darauf hin, daß von einer vorläufigen Pensionierung keine Rede sein könne.

Der kommunistische Stadtarzt in Reußkölln.

Die angebliche Befehung einer Frauenarzstelle im Krankenhaus Reußkölln mit einem nur chirurgisch ausgebildeten Arzt machte die volksparteiliche Fraktion zum Gegenstand einer Anfrage.

Stadtrat Josef Arndt (Soz.):

Den Erklärungen des kommunistischen Stadtarztes Schminde stehen wir sehr skeptisch gegenüber, sie waren schon öfter das Gegenteil von richtig.

Walter A. Persich
1-1
Vielleicht morgen...

Unberecht. Nachdruck verboten. Gustav Kriepshauer Verlag N.-G., Berlin-Schles.

Man wollte aufbrechen. Papier lag umher, verschütteter Kaffee bildete auf dem Tisch kleine Bäche.

Die Portiersfrau beugte sich neugierig über die Kissen. „Oh — wieviel größer er schon geworden ist, nicht wahr?“

Der Arbeiter mußte unmissverständlich lachen. „Stimmt“, meinte er, „Sie und ich, wir haben auch im Wagen gelegen und dumm in die Welt gesehen.“

Die Alte überhörte seine verborgene Behäuflichkeit. Ihr Gesicht mimte Nachdenklichkeit.

„Sagen Sie, Herr Berla, ist der Kleine krank? Sehen Sie mal genau her; diese Linie, die Lebenslinie, verschwindet nach kurzer Kurve.“

„Das ist kein Wahrsagen, Herr Berla...“ erklärte sie, „ganzlich geschmeichelt und beschwört, das ist eine alte Kunst,

die schon bei den Ägyptern in Blüte stand. Unsere Familie hat eine besondere Begabung dafür...“

„Ich will es Ihnen sagen, Herr Berla, aber — man soll mit solchen Dingen nicht spotten.“

Wie von ungefähr marschierte sie neben dem Wagen und erzählte der Mutter die neuesten Skandale der Hinterhäuser.

Ein Arm schob sich unvermittelt unter seinen, neben sich spürte er ein leichtes, wehendes Kleid.

„Halloh, Herr Berla, Sie machen ein Gesicht zum fürchten! Fidel woll'n wir heute sein.“

Das Mädchen hatte Mut! Und niedlich war sie — wäre seine Frau da vorn nicht gewesen, er hätte sie hier, mitten auf der Landstraße, gerade auf den Mund geküßt!

Sie verloren und fanden sich immer wieder an diesem Tage, besonders, als die Gesellschaft sich im Wald zerstreute, um unerklärliche Abenteuer zu erleben.

mit ihrem grünen Hut und Annie, vom Weg ermüdet, blieben bei dem Kind.

„Geh nur ein wenig umher“, sagte Annie ohne jede Anzüglichkeit zu seiner Bewunderung.

Die Sonne perlte durch das Geäst, in einem Graben blühten dicht an dicht Bergfahnenmüchli.

Der Mann war eine Weile wie gebannt. Seine Augen sahen böse und durstig aus...

Berla ging einen Schritt auf sie zu — drehte sich auf dem Absatz, verschwand mit geducktem Rücken im Geäst.

„So was“ — sie spuckte abermals Schalen aus und rief hinter ihm, und das Echo antwortete halbblaut: „Oder Duffel!“

Das Leben des Kindes verlief bis in den neunten Monat normal und erfreulich, dann begann plötzlich wieder das unstillbare Erbrechen.



### 8000 Straßen in Berlin!

Gesamtlänge: 2900 km = Rom—Berlin—Stockholm.

Mit der 1920 vollzogenen Zusammenlegung von 92 Gemeinden und Gutsbezirken zu der Einheitsstadt Groß-Berlin und mit der fortschreitenden Bebauung in den Außenbezirken hat sich die Zahl der Berliner Straßen auf rund 8000 erhöht. Alle Straßen aneinandergereiht ergeben eine Länge von 2900 Kilometer, was ungefähr der Reifestrecke Rom—Berlin—Stockholm entspricht, d. h. ein D-Zug braucht zur Bewältigung dieser Entfernung rund 44 Reistunden bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 65 Kilometern.

Die Köpenicker Ausfallstraße, die vom Schulze-Delitzsch-Platz bis Schmüdowig rund 22 Kilometer mißt, ist die längste unter den 8000 Berliner Straßen. In ihr ist wiederum das Märgestell zwischen Niederschöneweide und Schmüdowig mit rund 10,2 Kilometer die längste Straße mit einer Namensbezeichnung. Der nächstgrößte Straßenzug ist die westliche Ausfallstraße, Heerstraße, die vom Schloß bis Bichelsberg 11,7 Kilometer mißt. Die gleiche Straße hat vom Brandenburger Tor eine Länge von 10,1 Kilometer, während die eigentliche „Heerstraße“ von Bichelsberg bis zur Gemarkungsgrenze 7,7 Kilometer lang ist. Bedeutend kleiner ist schon die Große Frankfurter Straße mit anschließender Frankfurter Allee, die 4,2 Kilometer lang sind. Die Friedrichstraße im Berliner Zentrum ist genau 3 Kilometer lang. Ihnen gegenüber gestellt sei die Neue Gasse, die eine „Länge“ von nur 23 Meter aufweist, die Kleine Gertraudenstraße, die Verbindung zwischen der Gertrauden- und der Scharrenstraße mit 41 Metern und die Eiergasse, die den Rotenmarkt mit dem NikolaiKirchplatz verbindet, mit 42 Metern.

61 Proz. der genannten Berliner Straßen sind Steinstraßen, während 29 Proz. Asphalt- und Leertroten und 6 Proz. Chausseerungen sind, die einen Wert von ungefähr 330 Millionen Reichsmark darstellen oder umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung 76,3 Mk. kosten.

### So wird's gemacht!

Ort der Handlung: Leipziger Straße. Zeit: Dienstag nachmittag um 1/4 4 Uhr.

Eine „Vorwärts“-Leserin schreibt uns: Ich habe in einem größeren Konfektionsgeschäft etwas zu erledigen und muß auf eine Auskunft warten. Außer mir ist im Laden eine elegant gekleidete Dame, die sich nach Mäntelpreisen erkundigt. In den 10 Minuten Wartezeit werde ich Zeugin folgender Unterhaltung: Die Dame: „Was ist denn eigentlich hier in der Leipziger Straße los, die vielen Menschen und die eingeschlagenen Panzerscheiben...“ Der Verkäufer fährt die Kundin in ruhiger, sachlicher Weise über die Vorgänge am Montag auf. Darauf die Dame harmlos, ungläubig: „Aber das ist doch sicher ein Irrtum, Nationalsozialisten können das doch nicht gewesen sein, die haben doch ganz andere, viel „edlere“ Ziele! Das haben doch sicher Kommunisten oder andere Krachmacher getan.“ Eine Verkäuferin hat im Vorübergehen die letzten Worte gehört und mischt sich in das Gespräch: „Das waren Nazis und nichts anderes, wir haben auch vorübergehend schlitten müssen, weil nicht abzusehen war, was die Schreier noch alles anrichten würden.“ Die Dame schüttelt den Kopf und kann sich offenbar noch immer nicht vorstellen, wie sich das alles mit den „edlen“ Zielen der Nationalsozialisten zusammenreimt. Inzwischen hat sie ihre Auskunft bekommen und verschwindet hofflosvoll.

### Fünf Minuten später...

Fünf Minuten später bin ich in einem Schnellimbibyladen, um eine Schrippe zu kaufen. Mit einem Bon stehe ich an der Ausgabe und höre plötzlich zu meiner größten Verwunderung, wie dieselbe Dame dasselbe Thema mit der Kassiererin anfängt und ebenso nachher fragt, was denn eigentlich hier los sei usw. Da ist's mit meiner Geduld zu Ende. Laut erzähle ich den Umstehenden, was ich soeben erlebt habe, man versteht mich und nimmt eine drohende Haltung gegen die Dame ein, die bloß wird und beschleunigt verschwindet.

So wird Stimmung gemacht! Arbeiter, macht Ohren und Augen auf!

### Die sozialistische Hochschule ruft!

Am 20. Oktober beginnen, wie bereits angekündigt, die Seminare der „Freien Sozialistischen Hochschule“, die für fortgeschrittene Hörer der Arbeiterbildungskurse bestimmt sind. Es sind im kommenden Winterhalbjahr folgende Seminare vorgesehen:

Montags: Freih. Kapfali: „Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik“. Beginn 20. Oktober.

Dienstags: Prof. J. Deinde: „Politische Probleme der deutschen Demokratie“. Beginn 21. Oktober.

Freitags: Dr. Karl Schröder: „Die deutsche Dichtung der letzten 50 Jahre.“ Beginn 24. Oktober.

Sämtliche Seminare werden in der Zeit von 10<sup>1/2</sup> bis 21<sup>1/2</sup> Uhr im Lehrraum der Freien Sozialistischen Hochschule, Lindenstr. 3, I. Hof links 2. Etage, abgehalten. Die Teilnehmergebühren für das ganze Winterhalbjahr (etwa 20 Abende) beträgt für jedes Seminar 10 Mark, die in zwei Raten zahlbar sind. Arbeitslosen, die sich ausweisen können, wird die Teilnehmergebühr erlassen. Schriftliche Anmeldungen sind zu richten an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Ausführliche Lehrpläne sind dort ebenfalls anzufordern.

Tagung des Demog-Revisionsverbandes in Magdeburg. Die diesjährige Verbandstagung des Demog-Revisionsverbandes e. B. findet vom 14. bis 16. November 1930 in der Stadthalle zu Magdeburg statt. Die Tagesordnung bringt Referate führender Sozialdemokraten. Es werden sprechen: Rudolf Billfeld, W. Dragemüller, Oberbürgermeister Beims, W. Dietmann, Dr. Bodien und Geschäftsführer Wumböhm. Während der Tagung finden Führungen durch die vorbildlichen Siedlungsbauten des Vereins für Kleinwohnungswesen e. m. b. H. in Magdeburg statt.

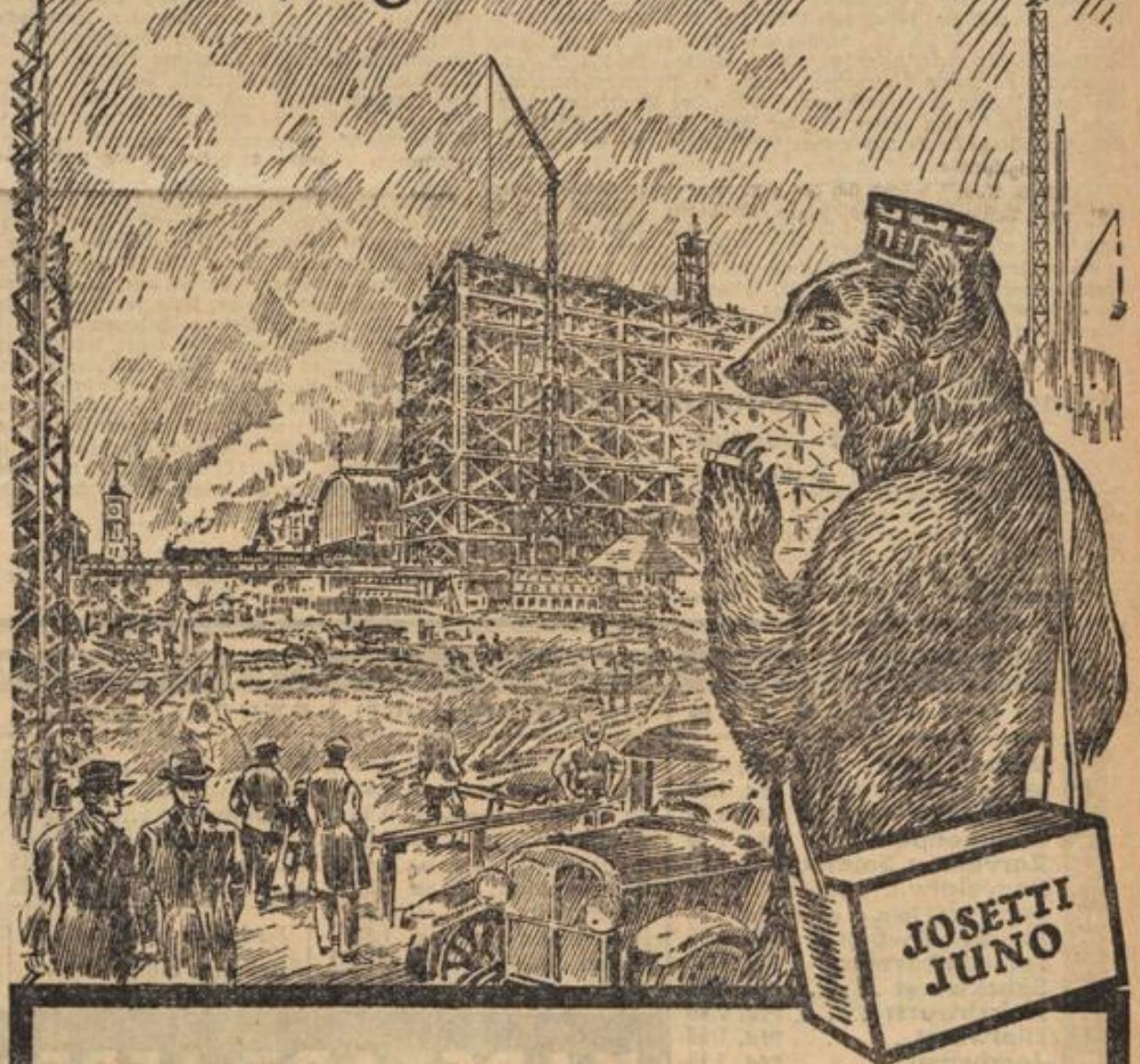
## Berlins Kampf gegen die Not.

Die Darstellung zeigt in welcher Weise sich die Gesamtausgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrt in der Zentrale und in den Bezirken zusammengenommen auf die einzelnen Zweige des Wohlfahrtswesens verteilen. Das Bild ist typisch für die wirtschaftliche Not unserer Zeit und gibt einen instruktiven Ueberblick über die kommunalen Maßnahmen zu ihrer Linderung.



Verteilung der Gesamtausgaben des Wohlfahrts-Etats auf die einzelnen Gebiete des Wohlfahrtswesens

## Was sagt der Bär?



### Rund um den Alexanderplatz

erstehen jetzt die gewaltigen Hochbauten, welche dem Stadtbild eine ebenso übertragende Note geben werden, wie sie in Raucherkreisen bereits aufzuweisen hat:

**Josetti Juno**  
Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette





## Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

### Im September noch Verschlechterung / Von Wl. Woytinsky.

Die Septemberzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge (Steigerung zusammen nur von 1,948 auf 1,966 Millionen) läßt die Entwicklung des Arbeitsmarktes in einem günstigeren Sinne erscheinen, als es der Wirklichkeit entspricht. Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 enthält eine Reihe von Bestimmungen, die bestimmten Arbeitslosen Gruppen jede Unterstüfung entziehen und die Zahl der Ausgesteuerten erhöht (Erweiterung der Versicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigungen, Ausschaltung der jugendlichen Arbeitslosen mit familienrechtlichem Unterhaltungsanspruch, Verlängerung der Sperrfristen und der Wartezeit). Die Reichsanstalt würde vielleicht dadurch um einige Zehntausende von Unterstützungsempfängern entlastet. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes, eine Milderung der Not bedeutet aber eine solche Herabdrückung der Zahl der Unterstügten leider nicht.

Das wird durch die Berichte der Arbeitsämter über die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden bestätigt. Sie stieg:

Ende Juni . . . . .	2 696 000
Ende Juli . . . . .	2 820 000
Ende August . . . . .	2 938 000
Ende September . . . . .	3 089 000

Die monatliche Zunahme der Zahl der Arbeitssuchenden war also im Juli 124 000, im August 118 000 und im September 151 000.

#### Die Lage verschlechterte sich also weiter.

Auch die Berichte der Verbände lassen mit voller Deutlichkeit eine allgemeine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes erkennen. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern

Monatsende	waren arbeitslos			standen in Kurzarbeit		
	in der Konjunkturgruppe Proz.	in der Saisongruppe Proz.	zusammen	in der Konjunkturgruppe Proz.	in der Saisongruppe Proz.	zusammen
Mai . . . . .	15,4	38,1	19,8	14,1	1,2	11,7
Juni . . . . .	16,0	36,4	19,9	14,8	1,5	12,3
Juli . . . . .	17,0	36,8	20,8	16,3	1,5	13,5
August . . . . .	18,2	38,1	22,0	17,1	1,8	14,2
September . . . . .	18,8	39,7	22,8	17,5	1,9	14,5

Dabei ist die unerwartete Entwicklung des Arbeitsmarktes im September im vollen Maße der ungünstigen Konjunktur zuzuschreiben.

In der Saisongruppe war, da schon in den besten Sommermonaten das Baugewerbe nicht viel besser beschäftigt war, als es sonst im Winter der Fall ist, keine große Verschlechterung zu erwarten. Aber mit Ausnahme der Bauhilfsarbeiter weisen sämtliche Berufe der Saisongruppe noch einen leichteren weiteren Rückgang der Beschäftigung auf.

#### Für die Konjunkturgruppe ist die rückgängige Konjunktur in der Metallindustrie entscheidend.

Von 100 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes

Ende	waren arbeitslos		standen in Kurzarbeit
	in der Konjunkturgruppe	in der Saisongruppe	
Mai . . . . .	17,9	20,1	
Juni . . . . .	18,4	20,6	
Juli . . . . .	19,5	21,8	
August . . . . .	21,4	22,4	
September . . . . .	22,7	24,4	

Auch die Berichte der Reichsanstalt zeigen, daß das Schwerkgewicht der Depression in der Metallindustrie liegt. Am 15. September entfielen

von der Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger auf die Metallverarbeitung	in der Arbeitslosenversicherung	in der Krisenfürsorge	Zusammen
	1 504 000	459 000	1 963 000
	274 000	161 000	435 000

Die Metallarbeiter machen fast ein Fünftel unter den Unterstügten in der Arbeitslosenversicherung und mehr als ein Drittel unter den Krisenunterstügten aus.

Einen starken Rückgang der Beschäftigung weist auch die Textilindustrie auf, wo gegenwärtig weniger als die Hälfte

der Arbeiterkategorie vollbeschäftigt ist. Die Zahl der Vollarbeitslosen stieg von August bis September von 17,3 auf 18,3, die der Kurzarbeiter von 36,9 auf 38,9 Prozent.

Ebenso nimmt die Arbeitslosigkeit im Diversifizierungsgewerbe zu. Im September ist die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern von 18,1 auf 19,8 Proz., unter den Lithographen von 20,1 auf 21,9 Proz. und unter den graphischen Hilfsarbeitern von 16,7 auf 18,3 Proz. angewachsen. In geringerem Maße nahm die Arbeitslosigkeit im Bergbau und in der Glasindustrie zu (Vollarbeitslosigkeit stieg hier von 7,3 auf 7,6 Proz. bzw. von 28,0 auf 29,1 Proz., während die Kurzarbeit unter den Bergarbeitern von 19,0 auf 19,8 anstieg und bei den Glasarbeitern von 9,1 auf 7,5 Proz. zurückging).

Keine neuwertigen Veränderungen erfährt die Lage der chemischen Industrie, Papierherstellung, des Holzgewerbes, des Rahrungs- und Gemischthandels und der Kartonagenindustrie.

#### Eine geringe Entlastung

ist nur — aber immerhin — in der Porzellanindustrie, im Bekleidungs- und Schuhgewerbe, in der Schuhindustrie und Zucker- und Konfektindustrie festzustellen.

	Arbeitslosigkeit			Kurzarbeit		
	Juli Proz.	August Proz.	Sept. Proz.	Juli Proz.	August Proz.	Sept. Proz.
Porzellanindustrie . . . . .	18,4	21,8	20,9	32,3	36,2	29,8
Bekleidungsarbeiter . . . . .	29,8	31,3	25,3	23,1	22,3	19,4
Schuhmacher . . . . .	25,0	24,4	23,9	34,5	43,5	41,7
Zucker- u. Konfektindustrie . . . . .	16,8	19,0	18,4	5,9	5,6	3,2

Leider sind es zum Teil Gewerbezweige, die saisonmäßigen Schwankungen ausgelegt sind, ihre Lage läßt noch keine Rückschlüsse auf den Verlauf der Wirtschaftskonjunktur zu.

## Schluß mit Emelka.

### Die Emelka-Aktien verkauft. — Gegenwert praktisch null

Das Reich hat seinen Besitz an dem Filmkonzern Emelka endgültig abgestoßen. Der Erwerber ist der Münchener Kommerzienrat Krauß. Praktisch hat das Reich für die Emelka nichts bekommen. Es dürfte sich noch ein Verlust ergeben, der zwischen 3 bis 4 Millionen Mark liegt. Krauß selbst ist in erster Linie Geschäftsmann und kein Politiker. Hinsichtlich einer Kombination Emelka und der Hugenbergischen Ufa läßt sich wohl sagen, daß Krauß allem Anschein nach mit der Ufa paßieren wird, wenn er dabei verdienen kann, und daß er es sein läßt, wenn sich keine Gewinnchancen bieten.

Es ist wohl angebracht, einen Rückblick auf die nicht ganz uninteressante Verkaufsgeschichte der Emelka zu werfen. Das Reich, das über die unglückselige Phöbus-Affäre in die Emelka-Affäre hineinschlidderte, übernahm fernerzeit aus politischen Gründen das ausschlaggebende Emelka-Aktienpaket. Dem Erwerb lag zugrunde, die Monopolbefreiungen der Hugenbergischen Ufa zu durchkreuzen. Die Linie wurde unter Druck der bürgerlichen Parteien nicht eingehalten. Es kam so darauf an, den Emelka-Besitz möglichst mit Ruhen für das Reich zu verwerfen.

Eine Möglichkeit bot dazu eine Gruppe, die durch den Berliner Rechtsanwalt Dr. Roth vertreten wurde. Der Vorschlag Roths ging dahin, daß ihm das Reich den Emelka-Besitz pachtweise gegen eine von einer Großbank garantierten Dividende von 8 Proz. überließ. Aus dieser günstigen Offerte wurde nichts. Das Reichsfinanzministerium hat, vor allem unter Rosdenhauer, die Vermittlung dieses Plans verhindert. In diesem Zusammenhang soll der Reichsinnenminister Dr. Wirth die bestimmte Frage an seinen Kollegen Dr. Rosdenhauer gerichtet haben, ob Aussicht vorhanden wäre, eine bessere Regelung zu erzielen. Das wurde bejaht und eine entsprechende Regelung binnen weniger Wochen versprochen.

Hinterher — das Reichsinnenministerium hatte sich mittlerweile von der Emelka-Affäre zurückgezogen und sie ganz dem Reichsfinanzministerium überlassen — hörte man von verschiedenen

Offerten, die sich geradezu glänzend anboten. Untersuchte man sie aber näher, dann stellten sich diese glänzenden Angebote als Scheinangebote heraus. Es sind ohne Zweifel um jene Zeit geschäftige Vermittler tätig gewesen, die, wie man so sagt, die Emelka an die Hand bekommen wollten, um so eine recht erhebliche Provision bei der Vermittlung des Geschäfts herauszuschlagen. Schließlich hörte man davon, daß man die Emelka mir nichts dir nichts, ohne jede Gegenleistung, an den in der Filmindustrie bekannten Rechtsanwalt Arthur Wolff abzugeben im Begriff war. Die in der Presse einsehende Kritik vereitelte das.

So kam es zum Verkauf an den oben erwähnten Kommerzienrat Krauß. Der Verkauf scheint auch dringend geworden zu sein. Die Emelka stand nämlich in den letzten Monaten am Rande des Konkurses und lebte von Subventionen des Reichs, die wohl in die Hunderttausende gehen und in der Form gegeben wurden, daß das Reich die fälligen Zinszahlungen an die Commerz- und Privatbank leistete.

Kominek hat Krauß für die Emelka dem Reich 4 Millionen bezahlt. Das Reich verzichtet aber dafür auf 3,5 Millionen Mark Forderungen. Dazu kommen rund 500 000 Mark Zinszahlungen, die das Reich für die Emelka übernommen hatte. Dem Kaufpreis von 4 Millionen Mark steht also eine Verzichtleistung des Reichs auf rund 4 Millionen Mark gegenüber, d. h. Krauß hat die Emelka umsonst bekommen. Aus der ganzen Emelka-Affäre bleibt als bittere Pille ein Verlust des Reichs, der sich auf etwa 3,5 Millionen Mark schätzen läßt.

## Aluminium billiger.

### Neue Preisentfaltungen für Zement. — Auch Quitta-Kaffee verbilligt.

Die Londoner Kartellkonferenz der europäischen Aluminiumindustrie hat eine Senkung des Kobaluminiumpreises um 10 auf 85 Pfund Sterling pro Tonne beschlossen. Das entspricht einer Preisentfaltung um etwa 10,5 Proz. Damit ist die von den deutschen Aluminiumwerken seit längerer Zeit betriebene Senkung der Aluminiumpreise fast gänzlich geworden. Die Bemühungen des Reichs, das den größten Teil der deutschen Aluminiumproduktion beherrscht, waren also von Erfolg. Der Fall ist interessant, weil hier ein staatlicher Produzent, nachdem er den Willen dazu hatte, die Gruppe ausländischer privater Produzenten zu einer fähbaren Preisentfaltung veranlaßt hat. Vor der Kartellgründung im Jahre 1926 stand der Preis auf 118 Pfund Sterling, er wurde im Mai 1928 von 106 auf 95 Pfund ermäßigt und liegt jetzt, wie gesagt, auf 85 Pfund. Es muß erwartet werden, daß diese Preisentfaltung für Kobaluminium sich auch bei den Walzwerken und Weiterverarbeitern fortsetzt. Das kann um so leichter geschehen, als das Deutsche Reich auch auf die Arbeiterbetriebe einen weitreichenden Einfluß ausübt.

In der deutschen Zementindustrie sind einige weitere Preisentfaltungen zu verzeichnen, nachdem die Kartellgründung wohl dazu gezwungen hat. Der Norddeutsche Zementverband hat für sein ganzes Gebiet die Kuppreise für hoch- und höherwertige Zemente um weitere 20 Proz. herabgesetzt; ferner sind für Fabrikmarken an zahlreichen Orten Preisentfaltungen nachgeholt worden, wo sie bisher wegen der für das Kartell als günstig erachteten Frachtlage noch unterlassen waren. Auch der Süddeutsche Zementverband Heidelberg hat für einige Gebiete für die Zehntonnenlieferung eine neue Preisentfaltung um 20 Mark eintreten lassen.

Auf dem Gebiet der Markenartikel ist eine weitere Preisentfaltung zu verzeichnen. Der Preis für Quitta-Marktkaffee wurde für das Pfundpaket von 55 auf 50 Pfennige herabgesetzt.

#### Preisermäßigung auch bei Sunlicht.

Die Sunlicht-Gesellschaft A. G., Mannheim-Berlin senkt ab 17. Oktober 1930 den Preis für Sunlicht-Seife und Zug-Seifenflocken um 25 Proz. bzw. bis zu 33 1/3 Proz. Der Preis für Sunlicht-Seife beträgt nunmehr für das 1/2-Pfund-Stück 30 Pf. gegen bisher 40 Pf.; die Zug-Seifenflocken-Doppelpackung 50 Pf. gegen früher 75 Pf.

Auslosungsrechte der Anleiheauslosungsloose des Deutschen Reichs sind am 6. Oktober ausgelost worden. Die Ziehungsliste ist erschienen und kann bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G., Berlin S. 14, Wallstr. 65, kostenlos eingesehen werden.

# Eine wirkliche Preissenkung!



Die führenden Waschmittel der Welt sind jetzt so billig, daß sie von jedem man und für alles verwendet werden können. Darum in Zukunft für Wäsche und Haushalt nur Sunlight Seife, Lux Seifenflocken und Suma. Und dabei finden Sie noch auf jedem Paket das

**Gutschein für wertvolle Gaben**

## SUNLIGHT SEIFE LUX SEIFENFLOCKEN

1/2 Pfund Doppelpack . . . . .	40 Pf., jetzt 30 Pf.	Die große Doppelpackung . . . . .	75 Pf., jetzt 50 Pf.
Der große Würfel . . . . .	35 Pf., jetzt 25 Pf.	Die Normalpackung . . . . .	40 Pf., jetzt 30 Pf.
Das praktische Handstück . . . . .	15 Pf., jetzt 12 Pf.	Die Handpackung . . . . .	25 Pf., jetzt 20 Pf.

**SUMA** das schonende Seifenpulver  
1/2 Pfund Paket 45 Pf., jetzt 40 Pf.

### SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM - BERLIN

## Stahlproduktion sackt weiter ab.

Auch die Walzwerkleistungen setzen ihren Rückgang fort.

In noch stärkerem Maße als die Roheisenerzeugung der Hochöfen sind im September die Leistungen der Stahlwerke gesunken. Nach den Ermittlungen von „Stahl und Eisen“ verringerte sich die Roheislerzeugung im September von 806 371 auf 814 117 Tonnen. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Leistung war mit 31 312 Tonnen um 3164 Tonnen oder um 9,2 Proz. geringer als im August.

Auch bei den Walzwerken hat sich der Produktionsrückgang in annähernd dem gleichen Tempo fortgesetzt. Die Erzeugung stellte sich im September auf 576 948 gegen 619 861 Tonnen im Vormonat. Die arbeitsmäßige Leistung lag mit 22 190 Tonnen um 6,9 Proz. unter den Ergebnissen des August.

Die Stahl- und Walzwerke werden also ebenso wie die Hochöfen nur noch zu einem Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Belegwerksabbau und Betriebsstillegungen nehmen immer größeren Umfang an, aber die Eisenmagnaten denken nicht daran, von sich aus der Konjunktur durch Senkung der Eisenpreise neuen Auftrieb zu geben. Wenn ein Eingreifen der Reichsregierung notwendig ist, dann in diesem Fall, wo es gilt, den verderblichen Widerstand der Syndikatsherren an der Ruhr zu brechen.

## Konzentration im Lastwagenbau.

Zusammenschluß RWG. — Büßing.

Die Verhandlungen der RWG in Oberschöneweide mit den Lastwagenwerken Büßing-Braunschweig über einen Zusammenschluß der beiden Unternehmungen sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, jetzt beendet worden.

Da die RWG sich bei der letzten Fusion mit den Pfortwerken in Chemnitz gehörig die Finger verbrannt hat, ist eine neue Form des Zusammenschlusses gewählt worden. Es wird unter der Firma „Vereinigtes Kraftfahrzeugwerk RWG“ ein Unternehmen mit vier Millionen Reichsmark Kapital gegründet, das von den beiden Gesellschaften je zur Hälfte übernommen wird. Dafür werden in das neue Unternehmen das laufende Geschäft und die Vorräte eingebracht, während die Betriebsanlagen von der neuen Gesellschaft gepachtet werden. Die Fabrikation wird beratungsmäßig, daß schwere Lastwagen nur bei Büßing in Braunschweig hergestellt werden. Die RWG, die erst ganz kürzlich wegen ihrer Millionenverluste eine sehr scharfe Sanierung vornehmen mußte, beschränkt sich künftig nur noch auf die Herstellung von Personwagen.

## Kalkgewinne bleiben hoch.

7 Prozent Dividende der Dornoper Kalkwerke.

Der im Besitz der Schwerindustrie befindliche westdeutsche Kalkkonzern, die Rheinisch-Westfälische Kalkwerke A. G. in Dornap, hat in dem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr 1929/30 mit 4,1 Millionen seine Betriebsgewinne auf der Höhe des vorhergehenden Jahres gehalten. Unkosten, Gehälter und Steuern sind zugleich um etwa 8 Proz. zurückgegangen. Bei einem Reingewinn von 1,39 gegen 1,54 Mill. M. wird eine Dividende von 7 gegen 8 Proz. im Vorjahr ausgeschrieben.

Die leichte Dividendensteigerung ist zugunsten der auch im Berichtsjahr fortgesetzten Expansionspolitik erfolgt, denn die Beteiligungen des Unternehmens haben sich von 2,4 auf über 3 Millionen erhöht. Zugleich wurden mehr als eine Million Mark neu in die Anlagen gesteckt, die den laufenden Betriebsgewinnen entnommen wurden. Die Kapitalbildung bei den Großkonzernen hat also auch in dieser schweren Krisenzeit noch keine Einbuße erlitten.

Stromverbrauch weiter rückgängig. Nach „Wirtschaft und Statistik“ war die arbeitsmäßige Stromerzeugung bei den erfassten 122 Werken im August infolge der sich verkürzenden Tage um 4 Proz. höher als im Juli dieses Jahres. Gegenüber August vorigen Jahres blieb sie aber um 8 Proz. zurück. Im Juli war der arbeitsmäßige Stromverbrauch um 8 Proz. niedriger als im Juni. Die arbeitsmäßige Stromabgabe an industrielle und gewerbliche Verbraucher blieb im Juni gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 14 Proz. zurück und ist damit auf den tiefsten Stand seit Oktober 1926 gesunken.

# Geschlossener Abwehrkampf.

## Eine Demonstration gewerkschaftlicher Kraft.

Einen guten Gesamtüberblick über die Streiklage in der Berliner Metallindustrie gab die gestrige Konferenz der Obleute aus den BMM-Betrieben. Besonders die Situationsberichte der verantwortlichen Funktionäre aus den Großbetrieben widerlegten eindeutig die Schwundmeldungen, die sowohl von den Metallindustriellen, als auch von den politischen Geschäftsleuten in diesem Kampf, der sogenannten KBO, über den Umfang des Streiks in die Welt gesetzt werden.

Zuerst wurde den Gerüchten über die Nichtbefolgung der Streikparole der Gewerkschaften im Siemens-Konzern der Boden entzogen. Unter dem Beifall der gesamten Obleute teilte der verantwortliche Funktionär des Siemens-Konzerns mit, daß gestern

in allen Werken des Siemens-Konzerns die Arbeit eingestellt

worden ist. In den Konzernbetrieben sind lediglich noch die Kriegsbeschädigten und die über 60 Jahre alten Arbeiter, die auf Anweisung des Metallkartells ihre Arbeitsplätze nicht verlassen haben. Dazu kommen im gesamten Siemens-Konzern etwa 800 Streikbrecher, deren Streikarbeit angesichts der Tatsache, daß vor dem Streikbeginn im Siemens-Konzern etwa 42 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren, ohne jede Bedeutung für den Streik ist.

Im AEG-Konzern versuchte die kommunistische „Gewerkschaftsopposition“ bereits am Dienstag die Arbeiter in den Streik zu führen. Dieser Parole sind in dem Werk Brunnenstraße, das eine Gesamtbelegschaft von über 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen hat, insgesamt 85 Arbeiter gefolgt. In allen übrigen Werken des AEG-Konzerns ist die Arbeit

entsprechend der Aufforderung des Metallkartells

restlos niedergelegt worden. Im Werk Brunnenstraße haben die Kriegsbeschädigten gestern beschloffen, sich dem Streik ebenfalls anzuschließen.

Im Osram-Konzern ist die Streikparole der Gewerkschaften gleichfalls befolgt worden. In keinen Differenzen ist es lediglich im Raschenglaserwerk gekommen, wo kommunistische Drahtzieher versuchten, auch die Produktionsstätten still zu legen, die bei der späteren Wiederaufnahme der Arbeit für die Beschäftigung der Gesamtbelegschaft von großer Bedeutung sind. Eine radikale Stilllegung der Glasmelzwannen, um die es sich hier handelt, würde zum Einfrieren des Glases führen und für mehrere Monate nach dem Streikende die Wiederaufnahme der Arbeit des größten Teils der Belegschaft automatisch unterbinden.

Die Gewerkschaftsfunktionäre haben auch hier die Führung in der Hand,

so daß dieser Versuch der unverantwortlichen kommunistischen Streikstrategen scheitern wird.

In den Bergmann-Betrieben, auf die sich die „Gewerkschaftsopposition“ mit Neuerseifer gestürzt hat, haben die gewerkschaftlichen Streikleitungen die Bewegung gleichfalls in der Hand. Der Terror der „Opposition“ mit Unterstützung von Kollaboranten und Betriebsfremden erwehrt sich an der Front der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Bergmann-Betriebe.

In den Werken der Firma Schwarzkopf und auch bei Poppel-Wildau ist der Streikaufruf der Gewerkschaften gleichfalls restlos befolgt worden. Von der KBO ist in diesen Betrieben überhaupt nichts zu merken.

Durch die Berichte der Obleute wurde festgestellt, daß mit Ausnahme einiger weniger, meist kleinerer Betriebe, wo die „Gewerkschaftsopposition“ seit langem dominiert,

die Streikenden geschlossen hinter den Gewerkschaften

und ihren Funktionären stehen. Die Obleute wurden von der Organisationsleitung darauf hingewiesen, den Bestrebungen der KBO, Betriebe in den Kampf einzubeziehen, die dem Verband Berliner Metallindustrieller nicht angeschlossen sind, entgegenzuwirken. Sollten in irgendeinem ringförmigen Betriebe Differenzen ausbrechen, muß sofort die Organisation benachrichtigt

werden, die umgehend entscheiden wird, wie sich in jedem einzelnen Falle die Belegschaften verhalten sollen. Wenn

in den Betrieben, die nicht zum BMM gehören,

ohne Genehmigung der Organisation die Arbeit eingestellt wird, tragen die Belegschaften dieser Betriebe die Verantwortung und haben auf keine Unterstützung durch die Organisation nicht zu rechnen. Das Gesamtresultat der Obleute-Konferenz war jedenfalls die unwiderprochene Feststellung, daß die Front der streikenden Berliner Metallarbeiter feststeht und die sogenannte „Gewerkschaftsopposition“ hinter den Streikenden herläuft, nicht aber die Streikenden hinter der KBO. Die Streikenden wollen von den Niederlagenstrategen nichts wissen. Einmütig und geschlossen kämpft die Metallarbeiterschaft gegen den Lohnabbau, geführt und geführt von den Gewerkschaften.

## Hilfstruppe der Unternehmer.

KBO demonstriert gegen Gewerkschaft.

Wir behaupten nicht, daß der Verband Berliner Metallindustrieller die Agitation der „Roten Gewerkschaftsopposition“ finanziert. Wir haben keinen Beweis dafür in Händen. Wir können nur feststellen, daß die sogenannte KBO, so agitiert, also würde sie vom BMM, dafür bezahlt.

Gestern abend fanden zwei Kundgebungen statt: die Konferenz der Obleute, über die wir weiter oben berichten. Nicht eine Stimme erhob sich für die KBO. Etwas später fand vor dem Metallarbeiterhaus eine „Kundgebung“ der KBO statt. Etwa 100 Mann — von 130 000 Streikenden — von denen keineswegs feststeht, daß es sich um streikende Metallarbeiter handelt, marschierten im Gleichschritt vor dem Haus der Berliner Metallarbeiter vorbei und schrien: „Niedal Niedal!“

Die KBO hat zwar „vergessen“, gegen die Unternehmer zu demonstrieren. Die „Kundgebung“ hat aber doch ihre heilsame Wirkung gehabt. Sie hat bewiesen, daß die freiwillige oder unfreiwillige Hilfstruppe der Unternehmer nur in einem Theaterstück eine Durchführung wagen kann, wo man auf der einen Seite der Kulissen hinaus, auf der anderen wieder hereinmarschiert.

## Warnung vor Schwindlern.

Es gibt keine Sammellisten des DMB.

Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wird uns mitgeteilt: Verschiedene Kollegen benachrichtigen uns, daß versucht wird, auf öffentlichen Plätzen und bei Privatpersonen Gelder für die streikenden Metallarbeiter zu sammeln. Die Sammler erklären, im Auftrage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu handeln.

Wir geben bekannt, daß der DMB derartige Sammellisten nicht in Umlauf gebracht hat. Jedermann wird gewarnt, sein Geld diesen Leuten zu geben, da keine Kontrolle über den Verbleib des Geldes besteht. Wir bitten, der Ortsverwaltung Berlin des DMB, Linienstraße 83/85, Namen und Adressen derartiger Leute bekanntzugeben, damit wir weiteres gegen diese Schwindler unternehmen können. Auch bitten wir, die Sammellisten anzuhalten und sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Verfügung zu stellen.

Die Ortsverwaltung Berlin des DMB.

## Osram-Fabrik D, Rotherstraße.

Lohnzahlung!

Die Lohnzahlung findet heute, Freitag, zu den nachstehenden Zeiten auf dem Kolbenplatz in der Ehrenbergstraße Nr. 1-10 statt:

Von 7.30 bis 9.30 Uhr: F. B. A., Ritz-Fabrik, Zwerglampenerwerk.

Von 9.30 bis 11.30 Uhr: Brucknerwerk, Drahtwerk, Sa. D.

# Kleine Anzeigen

## wirkungsvoll und billig

Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf. / Wiederholungsrabatt: 10 mal 5% / 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20%  
Stellengesuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (59 bis 5 Uhr), und sämtliche Vorwärts-Filliale u. Ausgabestellen

<h3>Verkäufe</h3> <p><b>Fischer</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Kaufmann</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Verkauf</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Verkauf</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Wohnungen</h3> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Möbel</h3> <p><b>Möbel</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Möbel</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Möbel</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Möbel</h3> <p><b>Möbel</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Möbel</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Möbel</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Wohnungen</h3> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Wohnungen</h3> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Musik-Instrumente</h3> <p><b>Musik</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Musik</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Musik</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Unterricht</h3> <p><b>Unterricht</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Unterricht</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Unterricht</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Wohnungen</h3> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Wohnungen</h3> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p>	<h3>Wohnungen</h3> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p> <p><b>Wohnung</b> Lilienstr. 10</p>
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

**Druckmaschinenlager, Fuhrwerk, Hauptwarenannahme, Hauptwarenlager, Hausvermahlung, Kartonlager, Kistenlager, Kolbenlager, Kolbenwäscherei O II und O III, Kraftwerk, Ladeplatz, Pomp, Aufzug, Lg., Normallager, Backerei, Rüchwaren-Backerei, Säurelager, Sammelstelle, Sockelager, Sonderlager Kotherstr., Speziallampenlager, Versandstelle, Werkstofflager, Werkzeugaufbereitung, Ziehsteinwerk.**  
 Von 10 bis 11.30 Uhr: Kleinlampenwerk.  
 Von 11.30 bis 12.30 Uhr: Betriebslab. Berl., Comp. Aufzug, Fabrik, Lieferstelle, Lohnbüro, Optisches Lab., Verpiegelung, Wendelampenwerk.  
 Von 13 bis 15.30 Uhr: Betriebslaboratorium, Drahtwerk, Eichraum, Stimmlampe, Masch. N. D., Röntgenwerkstatt, Riemenstandhaltg., Rohrlegerei, Stromzuführungswerk, Studiengesellschaft, Technolog. Büro. — Jeder muß seinen Personalausweis vorlegen!  
 Der Betriebsrat, Bohmann.

### Siemens-Schuckert-Dynamo-Werk.

Heute, Freitag, 10 Uhr, Betriebsversammlung bei Weidner, Sternfeld. Firmenausweis legitimiert. — Die Streikleitung.

### Siemens & Halske, Werner-Werke.

Sonntag, 10 Uhr, bei Weidner, Sternfeld. Firmenausweis legitimiert. — Die Streikleitung.

### Firma Zwielfsch.

Lohnzahlung erfolgt heute, Freitag, von 1 1/2 bis 3 Uhr. Anschließend Betriebsversammlung im Tiergartenhof. Der Obmann.

### Achtung, Loewe-Arbeiter, Gutfenstr. 17-19.

Die Lohnzahlung findet heute, Freitag, statt.  
 1. Pförtner, Gutfenstraße. 12.30 Uhr: Maschinenfabrik I; 13 Uhr: Maschinenfabrik III, Normallager, Zahnradfabrik, Einlegeei; 14 Uhr: Fertiggalerie; 15 Uhr: Betriebsabteilung.  
 2. Pförtner, Siedingstraße. 12.30 Uhr: Eisen- und Metallgießerei; 13 Uhr: Maschinenfabrik II; 14 Uhr: Werkzeugfabrik, Spezialwerkzeug-Fabrik, Härtereier, Stahlager.  
 Die Auszahlung erfolgt Meisterschaftsweise.

### Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn Einheit im Einheitsverband.

Am kommenden Sonntag und Montag findet bei der Reichsbahn die Neuwahl der Beamtenräte statt. Die Beamtenräte werden alle zwei Jahre gewählt. Die Wahl des Orts-, Bezirks- und Hauptbeamtenrats erfolgt in einem Wahlgang. Es kommen weit über 300 000 Wahlberechtigte in Frage. Wahlberechtigt sind nicht nur die Beamten, sondern auch die im Beamtendienst beschäftigten Lohnempfänger.  
 Bei der Reichsbahn stehen zur Zeit in beamtenpolitischer Hinsicht die Bestrebungen im Vordergrund, die auf einen allmählichen Aufbau des Beamtenverhältnisses bei den Betriebsverwaltungen hinführen und zu diesem Zweck die Umwandlung der Beamtenstellen in Dienstposten für Angestellte und Arbeiter propagieren. Diesen Bestrebungen tritt nur der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands energisch entgegen. Er sieht in dem jetzigen Zustand der einseitigen Verwaltungsregelung eine Gefahr für den Bestand des Beamtenverhältnisses.  
 Die Reichsbeamtenchaft ist durch ihre starke organisatorische Zersplitterung in der Abwehr der ihre Interessen bedrohenden Maßnahmen und Pläne der Reichsbahnverwaltung stark behindert. Im Gegensatz zu den Arbeitern, die größtenteils im Einheitsverband organisiert sind, existieren unter den Reichsbahnbeamten neben dem Einheitsverband noch nahezu 50 splittende Verbände. Es charakterisiert das Verhältnis unter den Eisenbahnerorganisationen, daß bei den Betriebs- und Beamtenrätewahlen zusammen der Einheitsverband ungefähr so viel Stimmen allein auf sich vereinigen konnte als alle übrigen Splittverbände.  
 Die Zersplitterung in den organisatorischen Verhältnissen kommt

auch in den verschiedenen Vorschlagslisten zum Ausdruck, die zur Beamtenrätewahl eingebracht wurden. So sind aus den Kreisen der Beamtensplittverbände, die dem Deutschen Beamtensplittverband angehängt sind, drei verschiedene Vorschlagslisten eingereicht worden. Dazu kamen diesmal auf Grund von Annäherungen der Nationalsozialistischen Partei noch Vorschlagslisten mit dem Kennwort „Nationalsozialisten“, deren Kandidaten größtenteils dem „Zentralgewerkschaftsbund“ angehören. Es ist bekannt geworden, daß die Herstellung von Stimmzetteln für die Hakenkreuzlisten von der ebenfalls dem Deutschen Beamtensplittverband angehängten „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ veranfaßt worden ist!

Die Treibereien der Nationalsozialisten müssen die Zersplitterung der Reichsbeamtenchaft noch vergrößern. Nicht Zersplitterung, sondern nur Zusammenfassung der Kräfte im Einheitsverband kann den Reichsbahnbeamten helfen. Sie müssen die Listen des Einheitsverbandes unterstützen!

### RGO. verrät Arbeiterinteressen.

#### Und blamiert sich vor dem Arbeitsgericht.

Einundzwanzig Kläger, die unter dem Einfluß der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ stehen, traten vor dem Arbeitsgericht gegen den Arbeiterratsvorsitzenden der Berliner Verkehrs-N.G., Genossen Fieger, auf.

Die Klage greift zurück auf die Entlassungen, die im März wegen des Betriebsrückgangs bei der RGO vorgenommen werden mußten. Der damalige „revolutionäre“ Arbeiterratsvorsitzende Freyer hatte im Auftrage des Arbeiterrats für einen Teil der Entlassenen Einspruchsklagen beim Arbeitsgericht erhoben. Während der Prozeß schwebte, fand die Neuwahl der Betriebsvertretung statt und Fieger wurde zum Vorsitzenden des Arbeiterrats gewählt. Er hätte nun die Klage vertreten müssen, konnte es aber nicht, weil ihm Freyer, der sich nach wie vor als alleinberechtigter Vertreter der Arbeiter fühlte, das Aktienmaterial nicht übergab und auch den Prozeß vor Gericht weiter vertreten wollte. Dieser „revolutionäre“ Unersicht hatte zur Folge, daß die Kläger weit eine gesetzliche Vertretung nicht zur Stelle war, durch Verjäumnisurteil abgewiesen wurden.

Trotzdem wollten die „Revolutionäre“ den Arbeiterratsvorsitzenden Fieger als Sündenbock büßen lassen. Sie behaupten, durch Fiegers Schuld sei ihre Klage abgewiesen, das Fiegers Verhalten billigende Protokoll der betreffenden Arbeiterratsführung sei gefälscht; sie verlangen deshalb Schadenersatz von Fieger.

Die Kläger oder richtiger die hinter ihnen stehende „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ erlebten einen blamablen Reifall. Ihre eigenen Zeugen, die die angebliche Fälschung des Protokolls nachweisen sollten, bestätigten vielmehr die Richtigkeit des Protokolls. Danach hat Freyer erklärt, er betrachte sich noch als Vorsitzender des Arbeiterrats und werde die Einspruchsklagen vor Gericht vertreten. Darauf hat Fieger erklärt, dann könne er also auf die Vertretung verzichten und die Sitzung des Arbeiterrats hat dem zugestimmt.

Nachdem also das Gegenteil von dem erwiesen war, was die Kläger behauptet hatten, zogen sie auf den Rat des Vorsitzenden die Klage zurück.

Wie wäre es mit einer Schadenersatzklage gegen Freyer, den wirklich Schuldigen?

### Einigung in Oberschlesien.

Die am 26. September gefällten Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit für die oberschlesischen Eisenschmelzhütten, die die bisherige Regelung um ein weiteres Jahr verlängerten, war vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden, während die Arbeiterverbände die Schiedsprüche annahmen und die Verblindlichterklärung verlangten. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums fanden hierüber Be-

sprechungen statt. Nach langwierigen Verhandlungen machte der Vertreter des Arbeitsministeriums einen Einigungsvorschlag, wonach die Schiedsprüche mit einer Verlängerung der Laufdauer angenommen werden. Die Parteien einigten sich schließlich dahin, daß die in den erwähnten Schiedsprüchen enthaltene Regelung bis Ende 1931 gelten soll und von da an mit zweimonatiger Frist kündbar ist.

### Unternehmer gegen die Arbeitslosigkeit.

#### In New York — nicht in Berlin.

New York, 16. Oktober.

Die New-Yorker Geschäftswelt beschloß unter dem Vorsitz von Stewart Proffler, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Bankers Trust Co., zur Milderung der Arbeitslosigkeit im Winter wöchentlich 150 000 Dollar auszugeben. Aus diesem Betrage sollen 10 000 Arbeitslose, die mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden sollen, einen Tageslohn von drei Dollar erhalten.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund beschloß in einer Sitzung in Boston einstimmig, wegen der starken Arbeitslosigkeit den Präsidenten Hoover, die Gouverneure aller 48 Staaten und die Bürgermeister sämtlicher Städte aufzufordern, sofort Hilfsmassnahmen in die Wege zu leiten. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung lehnt der Gewerkschaftsbund bekanntlich ab.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die Firma Paul Fleisch u. Schmammann, Baustelle Dufet Loms Hütte, Baufirma Sommerfeld, Zementbau, sowie die Baustellen Bih, Lauterberger Straße und Treseburger Straße, Baufirma Holzmann, ist für Kollektivistischer und -träger wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages für stadtgewerbliche Arbeiten gesperrt.  
 Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Stein- und Gipsbau.

### Achtung, Eisenbahner!

Montag, 19. Uhr, in Schloßpark, Berlin, Brückenstr. 2, Versammlung über den Einheitsverband organisierter Parteigenossen. Tagesordnung: 1. Festlegung der Versammlung vom 6. Oktober. Referent: Genosse Emil Bantz (ehemaliger Metallarbeiter). 2. Erhebung wichtiger Parteiangelegenheiten. In Anbetracht der gegenwärtigen gefährlichen politischen Situation ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, seine Teilnahme für diese Versammlung zu erhiteln und pünktlich zu erscheinen. Parteilich legitimiert.  
 Der Betriebsrat der RGO-Eisenbahner.

### Führungen und Besichtigungen des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Die Bildungsabteilung des Zentralverbandes der Angestellten veranstaltet am Sonntag, dem 18. Oktober, eine Besichtigung der „Bismarck“- und Reiterdenkmal, am Sonntag, dem 19. Oktober, eine Besichtigung der Funktion Rauen, am Sonntag, dem 20. Oktober, eine Besichtigung der Festwache Stockholm, am Sonntag, dem 1. November, eine Besichtigung des Großhandelswertes Rieneberg, am Sonntag, dem 2. November, eine Führung durch Alt-Berlin. Teilnehmerkarten sind im Verbandshaus des ZAV, Hedemannstr. 13, gegen Entrichtung der Teilnahmegebühr abzugeben, wo auch nähere Auskunft erteilt wird.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Morgen, Sonntag, 18. Oktober, Nachmittag im Gaubau Reichell, Bergstr. 147, zur Aufführung gelangt der Film: „Die Welt in die weiße Welt“, Unterbrechung 20 Pf. — Berlin, Freitag, 19. Uhr, lesen die Gruppen: Köpenick: Jugendheim, Straße Sonnenburger Str. 20. Prenzlauer Berg: Abend, 8. Trauen. — Herrensplatz: Gruppenheim, Sanderstraße 11. Götze, Hebrichstraße, Nächstberlinstr. 10. Götze, in Wort und Bild. — Süßen, Südwesten: Gruppenheim, Wackerstraße 8. Götze, in Wort und Bild. — Charlottenburg: Jugendheim, Götze, in Wort und Bild. — Köpenick: Gruppenheim, Götze, in Wort und Bild. — Köpenick: Gruppenheim, Götze, in Wort und Bild. — Köpenick: Gruppenheim, Götze, in Wort und Bild.

### Zuwendung des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Besprechungen statt: Köpenick: Jugendheim, Sanderstraße 11 (Gesellschaft am Dehnbau Köpenick). Referent: Götze, in Wort und Bild. — Köpenick: Jugendheim, Sanderstraße 11 (2. Hof, Durggstraße, 1. Trepp). Referent: Götze, in Wort und Bild. — Köpenick: Jugendheim, Sanderstraße 11 (2. Hof, Durggstraße, 1. Trepp). Referent: Götze, in Wort und Bild. — Köpenick: Jugendheim, Sanderstraße 11 (2. Hof, Durggstraße, 1. Trepp). Referent: Götze, in Wort und Bild.

# SIEMENS 52



Dieses Fünfrohren-Neuro-Netzgerät marschiiert mit an der Spitze der Rundfunkempfänger. Besonders für schwierige Empfangsverhältnisse ist es unübertroffen. Die neue, beleuchtete, nach Wellenlängen geeichte Einstellskala läßt alle europäischen Sender leicht finden.

Vorführung in allen Fachgeschäften

SIEMENS & HALSKE AG. Wernerwerk, Berlin-Siemensstadt

**L. Späth** Berlin-Baumshulenweg  
 Großbetrieb für Gartenkultur  
 Gartenplasten / Sämereien / Gartengeräte  
 Gegründet 1720. — Areal 2000 Morgen.  
 Der Verkauf hat begonnen  
 Berliner Verkaufsstellen: 50, Berlinweg, Späthstraße 1. / W.: Linkstraße am Potsdamer Bahnhof / N.: Zinnovitzer Straße am Stettiner Vorortbahnhof. / C.: Dircksenstraße 26 gegenüber Alexandersplatz.  
 Kataloge mit Bezug auf „Vorwärts“ umsonst und postfrei

Ziehung 1. Kl. 24. u. 25. Oktob.  
**Preuß. Süddeutsche Staatslotterie**  
 Hauptgewinne und Prämien  
 4 x 500 000  
 2 x 300 000  
 2 x 200 000  
 12 x 100 000  
 1/8 1/6 1/2 1/1 Dopp.-Los  
 5.- 10.- 20.- 40.- 80.- 2/3  
**Heinz**  
 Staatliche Lotterie-Einnehmende  
 BERLIN 103  
 Friedrichstraße 83  
 zwischen Behrenstr. u. Unt. den Linden  
 Postscheckkonto Berlin 40221

185  
  
 Umschlagschuhe, starke Filz- und Ledersohle mit verdickter Naht

**SCHUHNHOF**  
 DAS SCHUHHHAUS DER ZUKUNFT  
 Linksstr. 11 • Wilmersdorferstr. 117 • Turmstr. 45  
 Müllersstr. 143a • Spandau, Breitestr. 22

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
 Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeigen**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Konrektor  
**Wilhelm Richter**  
 geb. 31. August 1897, am 11. Oktober gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 18. Oktober, 19 1/2 Uhr, im Krematorium Baumshulensweg statt.  
 Am 15. Oktober fand unser Kollege, der Mechaniker  
**Willi Müller**  
 geb. 21. August 1907.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 18. Oktober, 16 Uhr, vor dem Kirchhof des Gartenfriesenbells, Hafenselbe, aus statt.  
 Ihre Ihrem Andenken!  
 Ange Beteiligte ermahnt  
 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, dem 14. Okt. nach langem, idemem Geldern mein lieber Mann, unser guter Vater, der Ruhe  
**Wilhelm Schütt**  
 nach Vollendung des 63. Lebensjahres.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Berlin-Wilmersdorf, Agulststr. 20.  
 Die Beerdigung findet am Samstag, dem 15. Oktober, 1 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

inhaber:  
**Carl Pietsch** Gustav Sauer  
 Haus- u. Küchengeräte — Werkzeuge  
 SW 68, Lindenstraße 107 :: Tel.: Dönhoff 3070

**Möbel**  
 Teilzahlung  
**Apelt**  
 Adalbertstr. 6



# Kohlenpreissenkung auf Termin.

## Nur sofortige und stärkere Preis senkung kann helfen.

Der Reichskanzler hat in seiner gestrigen Rede eine Senkung der Kohlenpreise um 6 Proz. zum 1. Dezember angekündigt.

Die Kanzlerrede von gestern brachte nur in einem Punkte etwas wirklich Neues und — auf den ersten Blick — auch Erfreuliches. Das war die Ankündigung einer Kohlenpreissenkung um 6 Proz. zum 1. Dezember dieses Jahres.

Laßen wir das Ausmaß und den Zeitpunkt der Kohlenpreissenkung zunächst beiseite: Senkung der Kohlenpreise ist volkswirtschaftlich etwas außerordentlich Wichtiges. Kohle und Koks sind für die Eisenindustrie von hoher Bedeutung. Ihre Verbilligung verstärkt den Zwang, die längst fällige zweite Eisenpreissenkung endlich vorzunehmen. Die Kohle ist auch der wichtigste Materialposten für den Betrieb der Reichsbahn; ihre Verbilligung ermöglicht eine Senkung der Frachten, die besonders dringlich wäre für die Beförderung von Lebensmitteln und auch sonstigen Massengütern. Die Verbilligung der Frachten könnte sich in der ganzen Wirtschaft kostensenkend auswirken und den Spielraum für sonstige Preis senkungen noch erweitern. Wenn Steinkohle im Preise gesenkt wird, müßten die Braunkohle und das Braunkohlenbrikett folgen. Die Verbilligung der Braunkohle ermöglicht eine Preis senkung für den elektrischen Strom, der für die Industrie ebenfalls ein sehr wichtiger Kostenfaktor ist; die Verbilligung der Briketts würde sich in den Lebenshaltungskosten der Massen auswirken und könnte den Reallohn erhöhen. Würde zugleich an die Handels spanne der großen und kleinen Kohlenhändler herangegangen, so könnte sich eine Kohlenpreissenkung noch besonders günstig auswirken. Wie im Haushalt der Massen eine Erhöhung der Realkaufkraft, so könnte für unsere Exportindustrien eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt eintreten. Die Kohlenpreissenkung könnte auch zur Senkung der Baustoffpreise beitragen, da die Baustoffindustrie ebenfalls ein sehr großer Kohlenverbraucher ist.

Es ist also kein Zweifel, daß der Reichskanzler mit der Kohlenpreissenkung etwas für die Volkswirtschaft sehr Wichtiges angekündigt hat. Eine den jetzigen Krisenverhältnissen angepasste Verbilligung der Kohle müßte auf der ganzen Linie als Antrieb zu einer relativ sehr wirksamen allgemeinen Preis senkung sich geltend machen. Wir glauben, daß auch die Reichsregierung davon überzeugt ist, daß eine allgemeine Preis senkung wünschenswert ist.

Die Dringlichkeit der Verbilligung bei der Kohle steht aber im Widerspruch zu ihrem Termin.

Die Verbilligung soll erst am 1. Dezember eintreten. Damit aber wird die ganze Preis senkungswelle auf mehr als sechs Wochen

vertagt. Die Eisenproduzenten, die Reichsbahn, die Kraftwerke, die Braunkohlenindustrie, die Kohlenhändler, die Baustoffindustrie, die Maschinenindustrie usw. — sie werden sich darauf berufen, daß jetzt, obwohl der Winter mit seiner von neuem steigenden Arbeitslosigkeit vor der Tür steht, wegen der verzögerten Senkung der Kohlenpreise ihre eigenen Preise nicht herabsetzen können. Die Volksmassen der großen Städte müssen jetzt ihren Winterbedarf eindecken. Soweit sie es irgendwie können, werden sie die Eindeckung hinausschieben. Alle Großverbraucher werden mit der Eindeckung ebenfalls nach Möglichkeit bis zum 1. Dezember warten. Die Lage der Kohlenindustrie, die schon jetzt über 20 Proz. ihrer Belegschaft abgebaut hat, wird sich weiter verschlechtern; neue Arbeitslosigkeit wird die Folge sein.

Wenn die Kohlenpreissenkung also etwas nützen sollte, so müßte sie sofort erfolgen.

Noch schlimmer aber steht es mit dem Ausmaß. Eine Preis senkung um 6 Proz. kann nur dem imponieren, der die Preisentwicklung der letzten Jahre nicht kennt. Diese 6 Proz. bedeuten nichts anderes als nur die Beseitigung jener Kohlenpreiserhöhung, die im Jahre 1928, während die Konjunktur schon rückgängig war, gegen alle Vernunft vorgenommen worden ist. Sie bleibt wahrscheinlich sogar, da damals um eine Mark je Tonne nur im Durchschnitt erhöht wurde, hinter der letzten gänzlich unwechnäßigen Preiserhöhung zurück. Mit Rücksicht auf die marktpolitische Notwendigkeit läge also gar keine, hinsichtlich der erstrebten allgemeinen Senkung der Produktionskosten nur eine absolut unzureichende Senkung der Kohlenpreise vor.

Wir sehen keinerlei Gründe, die vor allem den späten Termin der Kohlenpreissenkung rechtfertigen.

Dieser späte Termin muß sogar unter dem Gesichtspunkt mit Mißtrauen betrachtet werden, daß er nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus sozialpolitischen Gründen so spät gewählt wurde. Alle wirtschaftlichen Gründe sprechen für die sofortige Preis senkung, selbst das Marktinteresse des Bergbaus. Am 31. Dezember ist aber die letzte Möglichkeit gegeben, über die Tarife der Bergbauarbeiter zu verhandeln. Wir haben in den letzten Tagen schon die Vermutung ausgesprochen, daß die Reichsregierung neuerdings die Lohnabbaukampagne so fortführen will, daß sie dem Lohnabbau die Preis senkung vorangehen und sich später für einen Lohnabbau stark machen will. Der Preis senkungstermin vom 1. Dezember dürfte also in der Tat sozialpolitischer Natur sein. Diese Tatsache ist nur geeignet, die sofortige und stärkere Senkung der Kohlenpreise noch dringlicher erscheinen zu lassen.

Europa vereint. Das französische Volk will Frieden, das deutsche Volk will Frieden. Die französische These: Sicherheit, Schiedsgericht, Abrüstung heißt: Mißtrauen, Unsicherheit, Rüstung. Das führt in neue Verwege. Verzögernde Großmut und Disziplinierung der Beschlüsse sind notwendig, um vom nationalen Wirken zum universalen Wirken zu kommen und in gemeinsamer Arbeit Europa zu retten.

Der Vorsitzende, Staatssekretär Dr. Weismann, schloß die Kundgebung mit den Worten: „Deutschland und Frankreich einig auf der Grundlage der Gleichberechtigung — das ist eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert.“

### Ein Chemnitzer Blatt behauptet . . .

#### Polizeipräsident weist eine unwahre Behauptung zurück.

Der Polizeipräsident teilt mit: Nach einer Agenturmeldung hat ein Chemnitzer Blatt die Behauptung aufgestellt, daß der Polizeipräsident in Berlin in einem vertraulichen Rundschreiben an die Polizeipräsidenten der preussischen Provinzialstädte die Tumultuanten vom vergangenen Montag als Kommunisten bezeichnet habe; aus politischen Gründen habe man jedoch diese Tatsache der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Zu diesen Behauptungen sei festgestellt, daß sie samt und sonders unwahr sind. Der Polizeipräsident in Berlin hat weder ein Rundschreiben an die Polizeipräsidenten der anderen preussischen Städte gerichtet — wozu er übrigens nicht befugt ist —, noch hat er irgendwelche politischen Tatsachen, die ihm anlässlich der bekannten Vorgänge in der Leipziger Straße bekannt geworden sind, der Öffentlichkeit vorzuenthalten oder die Öffentlichkeit in irreführender Weise informiert. Der Polizeipräsident behält sich vor, gegen das Chemnitzer Blatt Strafantrag zu stellen.

### Kommunistische Bluttat.

#### Wozu die Sehnsucht nach Moskau treiben kann.

Prag, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

In dem Städtchen Blumenau bei Prohny in Böhmen wurde der Postmeister von einem 16jährigen kommunistischen Arbeiter mit der Hacke erschlagen. Der Kommunist beabsichtigte, die Postkasse auszurauben und mit dem Gelde nach Samojetrußland zu fliehen. Fünf Mitglieder des Aktionskomitees der Prohnyer kommunistischen Jugendorganisation, deren Obmann der Täter war, wurden verhaftet, da sie mit ihm den Ueberfall verabredet hatten, um gemeinsam nach Moskau zu reisen.

Das Handelsabkommen mit Finnland. Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags nahm am Donnerstagabend den Gesetzentwurf über die Aenderung des Handelsabkommens mit Finnland, der sich bekanntlich auf die Festsetzung der erhöhten Butter- und Käsepreise bezieht, mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten an. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, weil ihre Fraktion zu der Vorlage noch keine Stellung genommen hatte.

Die Zeit zur Ergänzung Ihrer Garderobe für den Herbst und Winter rückt immer näher. Bevor Sie Ihre Einkäufe machen, besuchen Sie die seit mehr als 20 Jahren bestehende Firma Julius Rabian, Spezialhaus für elegante Herren- und Damenmoden, Alexanderstr. 13, und Schöneberg, Sonnenstraße 128. Sie finden hier eine reichhaltige Auswahl in feinsten Stoffen und in jeder Preisklasse.

Einmal über Gemütsstoff. Gemütsstoff ist heute ein wichtiger Bestandteil des Speisestoffs. Früher war es nur Belieben, heute ist es, teils aus wirtschaftlichen, teils aus gesundheitlichen Gründen, vielfach zum selbständigen Genuß, ja sogar zur selbständigen Mahlzeit geworden. Der Zubereitung gehört daher größte Aufmerksamkeit. Große Bedeutung kommt da dem Fett zu. Es darf die leichte Verdaulichkeit des Gemütsstoffes nicht beeinträchtigen, muß den vollen Nährwert und die Kalorienwirkung des Gemütsstoffes bewahren. Diese Forderungen sind bei der Bereitung des Gemütsstoffes zu berücksichtigen. Die Hausfrauen behaupten, daß die Margarine keine im Hausband diesen Anforderungen besser entspricht als jedes andere Fett. Am besten bewährt sie sich, wenn man ihr kein anderes Fett beimischt. Ihr reines Aroma bleibt dann ungetrübt. Durch Verwendung von Fetta im Hausband läßt sich also noch weiter Anteil die gesunde Gemütsstoff nach gesünder und bebet schmackhafter machen.

Vom Schreibmaschinen-Wettbewerb in Zürich. Anlässlich des Festes in Zürich teilnahmen, regelte Pauline Olga Richter, die bereits in den Jahren 1928 bis 1929 als Siegerin im internationalen Wettbewerb in Paris hervorgetreten, auch bei dieser Konkurrenz auf einer Dimpfle-Schreibmaschine in familiären Hauptwettbewerb die besten Resultate. Abgesehen von einem Punkt in die Maschine — Reibzeit 20 Minuten — und einer Abgabe von einer Vorlage — Reibzeit 20 Minuten — hat sie bei der Gültigkeitabgabe 2001 Nachlässe erzielt.

### Deutschland — Frankreich.

#### Deutsch-französische Aussprache zum Verständigungsproblem

In Anwesenheit der Botschafter von Hoesch und de Margerie sprachen gestern auf dem Politischen Abend der Deutsch-französischen Gesellschaft der französische Radikale Abgeordnete Pierre Cot und der deutsche Zentrumsgesandte Josef Joos zum Thema „Deutschland — Frankreich, das Problem von heute“.

„Paris ist nicht Frankreich“, sagte Pierre Cot, „und wenn Sie heute Pressestimmen aus Paris hören, so ist das nicht Frankreichs Meinung. Die Bauern, die Arbeiter, die kleinen Unternehmer der Provinz wollen den Frieden. Die gegenwärtige Regierung Frankreichs ist die am weitesten rechtsstehende, die man sich denken kann. Aber auch sie hat die Außenpolitik Briands mitgemacht. Sie hat das Rheinland geräumt. Deutschland und Frankreich sind die beiden großen Mächte Europas, die Kultur und Zivilisation behüten. Zu Ihren letzten Wahlen sage ich Ihnen: Frankreich wartet ab. Keinen Freunden scheint Verringerung

der Rüstungen wichtig. Ueberprüfung der Reparationen möglich und Revision der Verträge deshalb nicht ganz unwahrscheinlich, weil sie nicht ewig sein können, da sie nicht vollkommen sind. Briand hat die europäische Union verstanden, und Deutschland und Frankreich sind die beiden Blöcke, auf denen sich diese Union aufbauen muß. Es sind die beiden Völker, die Europa das Gleichgewicht wiedergeben können und den meisten Zustand unseres Kontinents zu beseitigen in der Lage sind. Beide auf eine große Geschichte zurückblickend, sind sie berufen, Europa und seine Zivilisation zu retten.“

Abg. Joos betonte, daß es falsch sei, wenn man in Paris glaube, daß nach dem 14. September das deutsche Interesse an einer Verständigung mit Frankreich geringer geworden sei. Es ist für die Franzosen schwer, Tiefe und Weite unserer Krise zu begreifen. Wir haben eine Jugend ohne Hoffnung und Hunderttausende, die seit ihrer Schulzeit nie arbeiten konnten. Wir haben zuviel getragen, und die jüngerer Entlastung war zu wenig und kam zu spät. Es muß eine Verständigung kommen, die nationales Selbstbewußtsein mit dem Gedanken des Friedens verbindet und so Deutschland und Frankreich und dadurch ganz

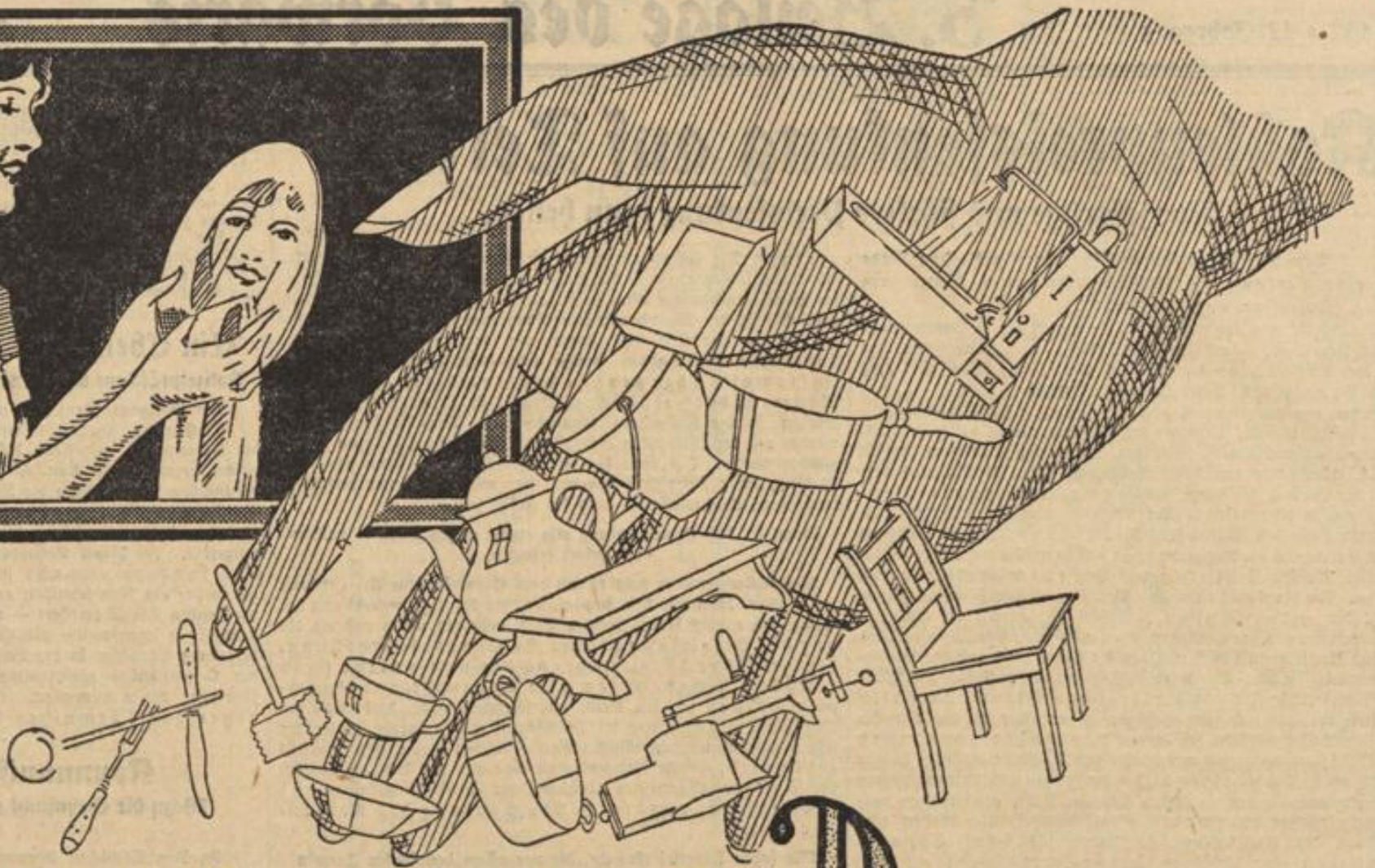


MAKEDON-Zigaretten sind so einzigartig, daß das Rauchen einer gewöhnlichen Zigarette daneben nur ein halbes Vergnügen bedeutet.

# MAKEDON PERFEKT 5<sup>8</sup> SOZIAL 4<sup>8</sup>

MAKEDON ZIGARETTENFABRIK G. M B H. MAINZ A. RH.  
KONZERNFREI

Generalvertretung: Carl Südel, Berlin NW 6, Luisenstraße 30, Tel. D 2, Weidendamm 3354



# Es gibt *hunderterlei* Dinge, die **imi** schnell reinigt



aber zunächst wurde es erfunden für das tägliche Geschirrabwaschen. Da sollen Sie sich nicht mehr mit allen fettigen und klebrigen Sachen abmühen, da sollen Sie es leichter haben, und da sucht **imi** wirklich seinesgleichen, denn nichts löst das Fett schneller und gründlicher von den Töpfen, Pfannen, Gläsern, Flaschen und Kannen als **imi**. Nichts gibt Ihren Glas-, Porzellan-, Emaille-, Holz- und Metallgeschirren rascher den diamantenen Glanz als **imi**. Säubern Sie einmal die verschmiertesten Bohner-, Putz- und Scheuertücher, Mops, Fensterrahmen, Fußböden oder Ausgüsse, Badewannen, Scheiben und Spiegel mit **imi**. Sie sind aufs höchste überrascht von der erstaunlichen Reinigungskraft, von der einzigartigen Arbeitserleichterung. Mit einem Schlage sind Sie alle Reinigungssorgen los durch



10 Ltr. Wasser

1 Eßlöffel **imi** auf 10 Liter heißes Wasser = ein Eimer erzeugt gewaltige Reinigungskraft.

**imi**

Hergestellt  
in den Persilwerken

*Henkel's*  
**Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel**  
für Haus- und Küchengerät



